

# **BAYERN SIEHT ROT**

**UNSER  
JUGENDWAHLPROGRAMM  
2023 FÜR EIN ROTES  
BAYERN**



Im Herbst 2023 wird der 19. Bayerische Landtag gewählt. Unsere Aufgabe als linker Richtungsverband in der bayerischen Sozialdemokratie ist es, die Perspektiven junger Menschen aufzugreifen und die gesellschaftliche Lage in Gänze zu verbessern.

Wir wollen ein Rotes Bayern. Dazu brauchen wir dich! Nur mit der Überzeugung und dem Tatendrang vieler schaffen wir ein Bayern, das sich fundamental vom jetzigen unterscheidet. Wir müssen jetzt handeln. Es braucht politische Entscheidungen und Reformen, um die 20er Jahre zum Aufbruch für unsere und die nächsten Generationen zu machen. Wir wollen anhand unserer jungsozialistischen Grundprinzipien Bayern politisch neu gestalten. Für ein Rotes Bayern, das Gerechtigkeitspolitik an oberste Stelle stellt. Das Freiheit immer gewährleistet und Solidarität nicht nur propagiert, sondern sie konsequent umsetzt, sei es bei der Umsetzung von sicherer und humaner Migration bis hin zur solidarischen Wirtschaftspolitik, die eine gute Bezahlung schafft und Grundbedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt stellt. Krisen und Katastrophen häufen sich aktuell. Es ist an der Zeit, das System zu überdenken, welches uns in dieser Krisenhäufung verharren lässt. Dabei stehen wir erst vor dem Anfang, was die Klimakrise für die Menschen und die Umwelt in Bayern mit sich bringen wird. Die Abkehr von den Systematiken, die der Kapitalismus und das Patriarchat uns weiter bescheren, ist es, was wir Bayern schenken wollen. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Das ist aktueller denn je. Dabei beschränkt sich unser Ziel der sozialistischen und demokratischen Gesellschaft nicht nur auf Bayern, eine Nation oder gar auf einen Kontinent: unser Kampf umspannt die ganze Welt! Der Einsatz für eine Welt des Friedens, der Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit gelingt nur durch den Zusammenschluss über Ländergrenzen hinweg. Einer neoliberalen Globalisierung, einem weltweiten Zusammenwachsen, das nur westlichen Eliten zugänglich ist, stellen wir uns klar entgegen.

Für ein Rotes Bayern bedarf es vor allem ein Voranschreiten in den Bereichen Bildung, Mobilität und Wohnen. Dazu haben wir in "Bayern sieht Rot" beschrieben, wie wir unter anderem kleinere Klassen umsetzen und ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse ermöglichen, um mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu schaffen. Wir werden ein kostenloses Schüler\*innen, Azubi und Student\*innenticket umsetzen, und langfristig den ticketfreien ÖPNV durch ein Bürger\*innenticket. Und wir ermöglichen unter anderem junges Wohnen durch Azubiwerke und dem Bauen von Wohnungen durch Kommunen und den Freistaat Bayern.

Für uns ist ein Rotes Bayern keine utopische Vorstellung, sondern die Niederschrift eines Umsetzungsprogrammes. Dafür wollen wir Jusos Bayern Mehrheiten für die BayernSPD schaffen. Wir stellen junge Menschen für den Landtag auf und unterstützen sie. Wer unsere Werte und Vorstellungen teilt, erfährt auch Unterstützung von uns.



# **BILDUNG ENDET NIE - CHANCENGLEICHHEIT JETZT!**

Damit das bayerische Bildungssystem seinem Bildungsauftrag vollumfänglich nachkommen kann, muss sich unserer Meinung nach noch einiges ändern. Zuerst muss Bildung für alle zugänglich sein. Deshalb stellen wir die Gewährleistung einer barrierefreien Bildung sicher. Das bedeutet für uns, dass wir Personen in Bildungskontexten mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund, aus einkommensschwachen oder nicht-akademischen Haushalten und mit psychischen Problemen stärker in den Mittelpunkt stellen und fördern. Um auf alle nach Bedarf eingehen zu können müssen Pädagog\*innen entsprechend geschult werden.

Dazu gehört die Aufklärung und der Umgang mit Neuro-Diversität und psychischer Gesundheit. Das beinhaltet neben der Beschäftigung mit Lernbeeinträchtigungen wie z.B. Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) und Dyskalkulie auch die Auseinandersetzung mit Neurodivergenzen wie Aufmerksamkeitsdefizit-(Hyperaktivitäts-)Syndrom (AD(H)S) und Autismus-Spektrum-Störung (ASS) usw. Neben der pädagogischen Ausbildung muss auch eine entsprechende Finanzierung zur Verfügung stehen. Dazu gehören die Ausstattung von Lehreinrichtungen, die Schulung des Lehrpersonals, aber auch die finanzielle Sicherheit der lernenden Personen. Um diese zu gewährleisten, stellen wir Bildungseinrichtungen so finanziell aus, dass alles was im Bildungskontext angeboten wird, auch von diesen finanziell getragen werden kann, um so die Chancengleichheit aller Bürger\*innen zu gewährleisten. Darunter fallen bspw. das Lehrpersonal, Lehr- und Lernmaterialien, sowie Umsetzung pädagogischer Konzepte. Im Bereich der Erwachsenenbildung ermöglichen wir dies über ein zusätzliches Bildungsgeld.

## **DEMOKRATISIERUNG VON BILDUNGSEINRICHTUNGEN**

Bildung muss auf alle Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einwirken, so auch auf unsere demokratischen Grundwerte. Aktuell ist davon aber in Bildungseinrichtungen wenig zu spüren. In kaum einem anderen Bundesland gibt es so wenig Partizipation, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe wie in Bayern. Ziel von Bildungseinrichtungen sollte aber nicht die "Herstellung" marktkonformer arbeitsbereiter Mitbürger\*innen sein, sondern die Bildung von mündigen Demokrat\*innen.

Deshalb schaffen wir mehr Partizipationsrechte für Personen in Aus-/ Weiterbildung, die auch gesetzlich festgehalten werden. Wie weit Partizipation geht, darf nicht vom Gutdünken von Lehrkräften, Dozierenden o.Ä. abhängen.

Hier verankern wir auch die Kompetenzen und Rechte dieser Gremien fest gesetzlich. Außerdem machen wir Partizipation auf allen Ebenen möglich, angefangen von der Bildungseinrichtung vor Ort, bis hin zur überregionalen Repräsentation auf Bundesebene, beispielsweise Azubiwerke, Studierendenwerke und Schüler\*innenvertretungen. Demokratisches Lernen beginnt mit uns schon im Bildungsumfeld, indem Demokratie (vor-)gelebt wird und über die Rahmenbedingungen der eigenen Bildung mitbestimmt werden kann.

## **AKADEMISCHE UND BERUFLICHE BILDUNG GLEICHSTELLEN**

Wir treiben die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung weiter voran. Dazu zählt neben der gleichen Gewichtung der Abschlüsse auch die Gleichbehandlung, Förderung und Unterstützung von Schüler\*innen, Studis und Azubis. Wir führen Azubiwerken analog zu den Studierendenwerken ein.

## **INKLUSION UND BARRIEREFREIHEIT**

Zum barrierefreien Lernen gehört auch der Nachteilsausgleich, der es ermöglicht, Personen mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen oder psychischen



Faktoren, die das Lernen erschweren können, in das Bildungssystem zu integrieren. In Bayern sind wir weit hinterher, was den Nachteilsausgleich angeht. Es gibt nicht genügend psychologische Unterstützung, dadurch werden Personen mit dem entsprechenden Bedarf in Bildungseinrichtungen nicht ausreichend betreut. Es mangelt an Integration und Solidarität, sowie dem Verständnis und Wissen über Behinderungen, Lernschwierigkeiten und sowie Neurodiversität & Neurodivergenz. Daher sorgen wir im Freistaat für mehr Solidarität und Unterstützung für diese Menschen. Institutionen müssen hierbei auch die richtige Unterstützung und Anlaufstellen anbieten, damit Betroffene die Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen. Dazu gehören auch Anti-Mobbing Kampagnen, die dabei helfen sollen, Mobbing oder gar soziale Intoleranz zu verhindern und ein harmonisches Miteinander zu ermöglichen. Neben Lese-Rechtschreib-Schwäche gibt es auch andere Lernschwierigkeiten, die nicht genügend angesprochen werden und keinen Nachteilsausgleich bekommen. Lernschwierigkeiten wie Dyskalkulie müssen wir genauso anerkennen wie Dyslexie. Ebenso erkennen wir Neurodivergenzen wie bspw. AD(H)S und ASS als potenziell lernbeeinträchtigende Faktoren an, damit Lernende richtig gefördert werden können.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Mehr Aufklärung und Weiterbildung von Pädagog\*innen zu Themen wie Behinderungen, Lernschwierigkeiten und Neurodiversität & Neurodivergenz
- Die Einrichtung multiprofessioneller Teams auf allen Bildungsebenen
- Leichterem Zugang zu Hilfsmaterial und Unterstützung wie beispielsweise LeseSoftwares
- Notizhilfen und Schulbegleitung

Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und Familien mit sozioökonomischen Nachteilen erhalten mit uns gleiche Bildungschancen. Der sozio-ökonomische Hintergrund ist darüber entscheidend, ob sich Schüler\*innen Unterstützung leisten können, also sowohl Verpflegung, Materialien als auch individuelle Förderung. Dies führt zu einer eklatanten Bildungsungerechtigkeit, die wir bekämpfen. Wir setzen deshalb mehr finanzielle Unterstützung für alle in Ausbildung befindlichen Personen und ihre Familien sowie für die Bildungseinrichtungen durch. Darunter fallen Lernmaterialien, Bildungsreisen und eine nahrhafte gesunde Verpflegung.

Dazu setzen wir mehr Integrationsprogramme und Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund um. Dies bieten wir gerade auch für die Eltern von schulpflichtigen Kindern an, damit sie sich in das deutsche Schulsystem einfinden und wohlfühlen können. Diese Integrationsprogramme kümmern sich auch darum, dass benachteiligte Menschen eine Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben mitwirken zu können. Auch führen wir Workshops für sogenannte "Lifeskills" ein, die alle Schüler\*innen und Studierende dabei helfen, Sachen des Alltags problemlos zu bewerkstelligen. Bildung muss dafür da sein, jungen Menschen dabei zu helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich eine gute Lebensqualität zu schaffen.

Für eine inklusive Schule ist auch die Klassengröße und Ausstattung mit Lehrkräften entscheidend. Wir werden deshalb auch weiterhin langfristig auf eine maximale Zahl von 18 Kindern pro Klasse hinwirken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass wir gemäß unserer Beschlusslage die Unterstützung durch sonderpädagogische Lehrkräfte ausbauen, womit sich ein Bedarf von zwei Lehrkräften pro Klasse ergibt.



## **DIGITALES LERNEN**

Wir brauchen eine moderne digitale Infrastruktur, die digitales Lernen heute und morgen ermöglicht und gleichzeitig chancengerechtes Lernen für alle gewährleistet.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Schnelles Internet und W-Lan ausnahmslos in allen Bildungseinrichtungen - Kostenlose Versorgung der Schüler\*innen, Auszubildenden, Studierenden, Lehrkräfte und Referendar\*innen mit Endgeräten
- Ein digitales Nutzungskonzept für Schulen mit Leihmöglichkeiten von Tablets für Schüler\*innen
- Vermittlung von Medienkompetenz und Nutzung digitaler (Ausbildungs-) Technik in der Ausbildung
- Ausbau digitaler Infrastruktur in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und beruflichen Schulen
- Angebot von Onlinevorlesungen und Aufzeichnung an Hochschulen
- Ausstattung der Schüler\*innen, Azubis und Studierenden mit der notwendigen Software - Die digitale Verwaltung an Hochschulen einführen

## **FRÜHKINDLICHE BILDUNG**

Arbeitende Eltern und solche, die wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, stehen noch immer vor dem Problem, dass noch immer nicht für jedes Kind in Bayern ein Kita- oder Krippenplatz zur Verfügung steht. Deshalb treiben wir einen umfassenden Ausbau der Kita- und Krippenplätze voran, verbunden mit der personellen Aufstockung bestehender und geplanter Einrichtungen. Wie in so vielen Teilen des Bildungssystems müssen wir auch bei den Jüngsten einem eklatanten Personalmangel entgegenblicken. Die chronische strukturelle Unterfinanzierung von Berufen in Bildungskontexten ist auch hier der Grund für fehlendes pädagogisch qualifiziertes Personal, diese Lücke kann auch nicht einfach durch Quereinsteiger\*innen geschlossen werden. Um die Situation zu entschärfen, gibt es mit uns eine bessere Bezahlung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die sich durch die Corona Pandemie nochmals verschärft haben und die vollständige Übernahme der Kita- und Krippengebühren durch den Freistaat, um allen den gleichen Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen. Außerdem setzen wir weiterhin einen kostenlosen Schwimmunterricht ab dem zweiten Kindergartenjahr um, da dieser besonders stark vom sozioökonomischen Hintergrund abhängig ist. Dazu gehört auch ein Ausbau- und Sanierungsprogramm für öffentliche Schwimmbäder.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ausbau der Kita- und Krippenplätze
- Bessere Bezahlung für Personal
- Verbesserte Arbeitsbedingungen für Arbeitende in der Frühkindlichen Bildung
- Vollständige Übernahme der Kita- und Krippengebühren durch den Freistaat



## **SCHULISCHE BILDUNG**

### **LEHRER\*INNEN - OFFENSIVE**

Im Zuge der Neuerungen im Schulsystem ist es unabdingbar, eine fundierte Ausbildung der Lehrer\*innen ebenso mitzudenken. Viel zu lange wurden medienwirksame Änderungen propagiert und die tatsächlichen Belastungen ohne Vorbereitung auf das Schulpersonal abgewälzt. Deshalb nehmen wir für die Lehramtsausbildung eine grundlegende Änderung und Anpassung an das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule vor.

Um eine inklusive Gleichbehandlung der heterogenen und vielfältigen Personenkreise zu gewährleisten, schaffen wir eine fundierte Kenntnis über Diversität und verschiedenste Kulturen. Nur durch derartige interkulturelle Kompetenzen können angehende Lehrkräfte diese Grundlagen an die Schüler\*innen sowie in der frühkindlichen Bildung vermitteln.

Aus diesen Gründen setzen wir die Einführung eines dem Bologna-Prozess adäquaten Lehramtsstudienganges um, bei dem die frühzeitige Entscheidung für einen bestimmten Schultypus entfallen muss. Hierfür werden im ersten Schritt die Lehrer\*innenausbildungen zusammengelegt, um eine ganzheitliche Ausbildung und ein pädagogisches Fundament zu schaffen. Bis zur Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule kann somit mehr Flexibilität innerhalb der Lehrer\*innenbildung entstehen und auf aktuellen Bedarf durch die Studierenden selbst reagiert werden. Neben der Abschaffung von Zugangsbeschränkungen (NC) bauen wir das Angebot der Studienplätze aus und versehen es mit der nötigen Finanzierung. Ebenso ist es zwingend erforderlich, die Vergütung der aktuell noch unterschiedlichen Schultypen auf ein gemeinsames Level anzuheben (A13 für alle Lehrkräfte, Anpassung der Vergütung der Fachlehrer\*innen). Ferner integrieren wir schnellstmöglich ein Schub der Medien- und Digitalkompetenz innerhalb der Lehrer\*innenausbildung, sodass diese in einer grundlegenden Vermittlung auch innerhalb der Schule stattfinden kann.

Anschließend an diese schnell umzusetzenden Maßnahmen führen wir ein neues, zweistufiges System ein. Dieses modularisierte Studienmodell besteht aus einer zweistufigen Lehramtsausbildung, welche mit einer Regelstudienzeit von sechs Semestern mit dem Bachelor of Education abgeschlossen wird, worin neben den fachbezogenen Studienanteilen ein Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Aspekte gelegt wird. Daran anschließend folgt ein an den Bachelor gekoppelter Masterstudiengang (Master of Education), welcher in vier Semestern den Schwerpunkt auf fachbezogene Studieninhalte legen lässt. Nach diesen zehn Semestern erfolgt die Zulassung der Studierenden als Lehrkräfte an der Solidarischen Gemeinschaftsschule. Das Staatsexamen schaffen wir ab. Um einen höheren Realitäts- und Praxisbezug des Lehramtsstudiums zu gewährleisten, sind Praxissemester ein integraler Bestandteil dieser notwendigen Reform. Wir setzen diese im Umfang von drei Semestern um, welche einer adäquaten Bezahlung und ausreichenden Lehrbefähigungen unter professioneller Leitung zu Grunde liegen müssen.

Um den akuten Lehrer\*innenmangel sowie den allgemeinen Mangel an pädagogischem Fachpersonal kurz- und mittelfristig abzufedern, stellen wir darüber hinaus die Schaffung von pädagogischen Ausbildungen und Weiterbildungen bereit, um geschultes Personal an allen bayerischen Bildungsinstitutionen zu erhalten. Hierbei werden Interessierte in grundlegenden, pädagogischen Methoden und Sachlagen unterrichtet und ausgebildet. Die ein bis zweijährige Ausbildung/Schulung mündet in einer Anstellung im Beamten\*innenverhältnis, um eine gesicherte Motivation und personelle Absicherung an Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Dies macht die Einstellung von pädagogisch nicht ausreichend unterwiesenen Personen an Schulen und anderen Institutionen hinfällig.



### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Grundlegende Änderung und Anpassung der Lehramtsausbildung an das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule
- Zusammenlegung der Lehrer\*innenausbildung, um eine ganzheitliche Ausbildung und ein pädagogisches Fundament zu schaffen
- Ein neues zweistufiges modularisiertes Studienmodell

### **DAS SYSTEM DER SOLIDARISCHEN GEMEINSCHAFTSSCHULE**

Wir stehen für die Vereinigung aller Schulformen in einem System der solidarischen Gemeinschaftsschule, mit dem Ziel, an einer Schule alle derzeitigen Abschlüsse erlangen zu können. Dabei umfasst die schulische Laufbahn an der Gemeinschaftsschule mindestens 10 Jahre, mit der Option einer dreijährigen Oberstufe mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. Der Übertritt an weiterführende Schulen erfolgt kurzfristig erst nach 6 Jahren und wird langfristig komplett abgeschafft. Darüber hinaus stehen an der weiterführenden Schule das Interesse und die Stärken der Schüler\*innen im Vordergrund. In den Modulen enthalten sind unter anderem auch die Vermittlung von alltäglichen Kompetenzen zur Vorbereitung auf das Erwachsenenleben mit Schwerpunkten auf Gesundheit, Resilienz und Fähigkeiten, den Alltag zu meistern.

Ebenfalls sorgen wir für gezielte Förderungen, wie z.B. die Schaffung von kostenfreien, international anerkannten Sprachprüfungen. Zusätzlich setzen wir das Aufbrechen der Schulfächer und ein Fächersystem nach dem Vorbild des finnischen Modells mit der Möglichkeit der Zu- und Abwahl um. Von Beginn an soll das Zusammenleben verschiedener Religionen und Weltanschauungen in unserer Gesellschaft gelernt werden, deshalb gibt es mit uns einen gemeinsamen Ethikunterricht. Dieser wird nach religionswissenschaftlichen und philosophisch-ethischen Maßstäben gestaltet. Durch eine erhöhte Flexibilisierung, beispielsweise durch ein modulares System, können Schüler\*innen gezielt gefördert werden.

Dabei arbeiten die Gemeinschaftsschulen mit regionalen Vereinen, wie z.B. mit Sport- und Musikvereinen zusammen, um einen kostenlosen Zugang zu Sportgeräten und Instrumenten zu gewährleisten. Außerdem entspricht die Gemeinschaftsschule wie auch andere Schularten einem gebundenen Ganztagsystem, mit den einhergehenden Forderungen nach kostenloser und guter Verpflegung und der Abschaffung von Hausaufgaben, um die zunehmende Ungleichheit nicht in einem ungleichen privaten Raum zu befördern. Selbstverständlich ist auch die Gemeinschaftsschule eine demokratische Schule und nach derartigen Kriterien entsprechend gestaltet.

### **HANDY-NUTZUNG IM UNTERRICHT**

Um gute Bildung für alle Schüler\*innen zu ermöglichen, setzen wir auch bei der Ausstattung der Schulen selbst an. Ein generelles Handyverbot an Schulen erscheint uns nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern individuelle Regelungen in den Schulen unter Einbeziehung der gesamten Schulfamilie, inwieweit Handynutzung im Klassenzimmer zulässig ist.

### **LEHRMATERIAL**

Lernmaterial und Lehrmittel sind mit uns für alle zugänglich kostenlos in den Schulen vorhanden. Das schließt explizit Schreibwaren wie Blöcke, Stifte, Lineale etc. und weitere schulische Hilfsmittel wie Taschenrechner mit ein. Schulbücher müssen in analoger und digitaler Form ausreichend vorhanden sein. Die verwendete Software soll bayernweit vereinheitlicht und durch Lizenzen für den ganzen Freistaat gedeckt sein.



## **VERSORGUNG**

Ebenfalls dient es der Gleichstellung aller Schüler\*innen, wenn sie in der Schule grundsätzlich ein kostenfreies, warmes und vollwertiges Mittagessen einnehmen können.

Neben dem leiblichen muss auch das seelische Wohl der Schüler\*innen gewährleistet werden. Schulpsychologische Betreuung ist hierzu der Schlüssel. Diese kann nicht allein von den Lehrkräften geleistet werden. Daher schaffen wir neue Stellen für Schulpsycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen, um eine flächendeckende Betreuung sicher zu stellen. Zunächst streben wir an, dass es mindestens eine\*n Schulpsycholog\*in und eine\*n Sozialarbeiter\*in pro Schule gibt. Dabei muss ein\*e Schulpsycholog\*in mindestens an zwei Schultagen vor Ort sein. Mindestens vier Anrechnungstunden braucht es pro Woche für eine Schule. An Schulen mit mehr als 400 Schüler\*innen muss diese Zahl bei mindestens einer Anrechnungsstunde pro 100 Schüler\*innen liegen. Außerdem fordern wir langfristig mindestens zwei Vollzeitstellen für Schulsozialarbeiter\*innen pro Schule, unabhängig von der Schulart. Dabei ist zu beachten, dass die Schulsozialarbeit unabhängig von den Schulleitungen agieren kann und nicht dafür gedacht ist, um den normalen Schulbetrieb zu erhalten – so sind die Schulsozialarbeiter\*innen z.B. nicht dafür da, um ausgefallene Lehrkräfte oder Betreuer\*innen zu ersetzen, sondern sind den fachlichen Grundsätzen der Schulsozialarbeit verpflichtet. Alle Mittel, die für einen inklusiven und barrierefreien Unterricht notwendig sind, müssen zur Verfügung stehen (z. B. pädagogische Schulbegleitung für ADHS).

Auch außerschulische Lernorte spielen bei der Bildung eine Rolle. Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen sollen für alle Schüler\*innen möglich sein und dürfen nicht an finanziellen Hürden scheitern. Daher sorgen wir dafür, dass eine volle Kostenerstattung möglich ist.

## **LERNORTE**

Nur in einer angemessenen Umgebung kann Bildung gelingen! Bestehende Schulen befinden sich momentan teilweise in einem katastrophalen Zustand. Wir treffen Sofortmaßnahmen zur Sanierung der bestehenden Schulgebäude, um einen gesunden und angenehmen Aufenthalt in den Lernorten sicherzustellen. Während der Sanierungsmaßnahmen darf eine Auslagerung in Container nur provisorisch bleiben. Die Auslagerung ist auf maximal fünf Jahre zu begrenzen.

Bei Schulneubauten erarbeiten wir moderne, zukunftsfähige Konzepte. Diese Schulkonzepte betreffen Nachhaltigkeit, pädagogische Raumkonzepte und eine Orientierung an den Bedürfnissen von Schüler\*innen.

## **EINE SCHULE IST NUR DANN SOLIDARISCH, WENN SIE AUCH DEMOKRATISCH IST**

Die solidarische Schule kann nur als demokratische Schule gedacht werden. Formen der Mitbestimmung müssen in der demokratischen Gesellschaft so früh wie möglich aktiv gelebt werden, damit mündige und selbstständige Bürger\*innen heranwachsen, die sich ihrer Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten bewusst sind. Schule ist neben anderen Bereichen ein wichtiger Ort für die demokratische Bildung. Wir demokratisieren das Schulwesen in allen Bereichen, im Sinne echter Mitbestimmung statt Scheinbeteiligung. In einer demokratischen Schule wird das Zusammenleben von allen Beteiligten gemeinsam organisiert. Das erfordert die Gleichberechtigung von Schüler\*innen und Lehrer\*innen in paritätisch besetzten Gremien. Die Schüler\*innen brauchen auch Raum, Zeit und Unterstützung, um eine eigene Selbstverwaltung aufbauen zu können. Partizipative und eigenverantwortliche Projekte realisieren wir finanziell. Zugleich wird der Politikunterricht einen höheren Stellenwert haben, was sich auch in erhöhter Wochenstundenzahl widerspiegeln wird.

Strafen verfolgen meist zwei Ziele: Störungen sofort zu unterbinden oder das Verhalten junger Menschen zu formen. Besonders letzteres ist problematisch: Strafmaßnahmen





erzeugen meist Angst vor neuen Strafen und führen deshalb nur zu einer negativen Verhaltensänderung. Zielführend und respektvoller ist eine Reflexion des eigenen Verhaltens. Damit wird eine Erziehung auf Augenhöhe möglich. Undemokratische Erziehungsmethoden lehnen wir deshalb ab.

## **SCHULNOTEN**

Noten spielen in der Schule aktuell eine zentrale Rolle. Mit Hilfe der Noten sollen Kinder extrinsisch motiviert werden, was nach aktueller wissenschaftlicher Auffassung langfristig nicht erfolversprechend ist. Dabei sind Noten kein objektives Mittel der Leistungserhebung. Sie ignorieren darüber hinaus den aktuellen familiären und persönlichen Hintergrund. So wird jedes Kind mit seinen unterschiedlichen Facetten nach den gleichen Prinzipien beurteilt. Auch zeigen Noten die aktuellen Probleme und Defizite eines Kindes auf, ohne sie zu beheben, im Gegenteil, schlechte Noten führen bis hin zur Demotivation. Wir fordern deshalb die Abschaffung von Noten und die Einführung von konstruktiven und persönlichen Lernentwicklungsgesprächen, bei denen der individuelle Lernerfolg im Vordergrund steht. Hier muss auch bei Lehrkräften der Wandel hin zu einer Feedback-Kultur geschult werden. Wichtig ist, dass die Schüler\*innen keine Nachteile gegenüber Schüler\*innen aus anderen Bundesländern haben.

**Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Eine solidarische Gemeinschaftsschule
- Individuelle Regelungen zur Handynutzung im Unterricht
- Kostenlose, für alle zugängliche Lernmaterialien und Lehrmittel
- Kostenfreies, warmes und vollwertiges Mittagessen für alle Schüler\*innen
- Sofortmaßnahmen zur Sanierung der bestehenden Schulgebäude und moderne, zukunftsfähige Konzepte für Neubauten
- Demokratisierung des Schulwesens in allen Bereichen
- Einführung von konstruktiven und persönlichen Lernentwicklungsgesprächen statt Noten

## **AUSBILDUNG**

Wir werten Ausbildungen stark auf, stellen sie so der Bildung an Hochschulen gleich. Dazu gehört insbesondere der Grundsatz: Keine Ausbildung unter drei Jahren! Nur mit ausreichend Zeit ist eine qualifizierte Ausbildung möglich, Bestrebungen für „Kurzausbildungen“ von zwei Jahren lehnen wir weiterhin ab.

## **INTEGRATION IN BERUFSSCHULEN UND AUSBILDUNG**

Wir unterstützen Auszubildende durch die Schaffung mehrsprachiger Ausbildungsangebote und kostenlosen Sprachkursen. Auch für Azubis müssen Bildungsreisen, wie beispielsweise im Rahmen des Erasmus-Projekts möglich sein, ohne dass Arbeitgeber\*innen dies verbieten können. Wir sorgen dafür, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt wird und kostenlos erfolgt. Mit uns werden nach Ausbildungsplatzwechsel und Ausbildungsabbrüchen Geflüchtete nicht abgeschoben, wir ermöglichen eine Integration.

Gerade geduldete Menschen (Menschen, deren Abschiebung nicht vollzogen wird) brauchen hier Schutz und Unterstützung. Bis eine neue gesetzliche Regelung hier nachbessert, fordern wir deshalb, dass das bayerische Innenministerium die



Ausländerbehörden anweist, die Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes, insbesondere §19d und §60c, positiv für geduldete Menschen anzuwenden.

Außerdem gewährleisten wir den gesicherten Aufenthaltsstatus bis zum Abschluss einer Berufsausbildung und anschließender mindestens dreijähriger Berufsausübung unabhängig vom Lebensalter. Wir machen es möglich, dass die Aufenthaltserlaubnis danach um weitere drei Jahre verlängert werden kann. Das Innenministerium soll auch eine Anwendung der Vorschriften im Sinne der Betroffenen anweisen. Wir fordern ein Recht auf Zugang zu Fördermaßnahmen des Landes

Bayern (assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, usw.) und die Unterbringung Geflüchteter in Azubi- und Studierendenwohnheimen bei entsprechend ausgebauten Wohnheimplätzen, mit Fördermitteln des Landes.

## **BESSERE ABSICHERUNG UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG**

Wir fordern außerdem eine Verbesserung der sozialen Sicherungen für Azubis, einschließlich der vollzeitschulischen Berufe durch Maßnahmen des Landes (entbürokratisierter Zugang, Berufsausbildungsbeihilfe, usw.). Auszubildende entlasten wir auch in Bezug auf Fahrtkosten und Wohnen, indem der ausbildende Betrieb die Fahrt-, Unterbringungs- und Wohnkosten übernimmt.

## **BERUFSSCHULEN**

Um die Qualität der berufsschulischen Bildung zu steigern, verbessern wir zunächst auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Wir setzen uns ein für mehr Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für gleiche Arbeit sowie Abbau befristeter und prekärer Stellen an beruflichen Schulen. Wir schaffen Qualifizierungsangebote an beruflichen Schulen und Hochschulen, um Lehrkräfte auf dem aktuellen technischen und wissenschaftlichen Stand zu halten. Auch die personelle Ausstattung an beruflichen Schulen verbessern wir durch multiprofessionelle Teams, besonders um die inklusive Berufsausbildung zu unterstützen. Auch in diesem Bereich setzen wir eine absolute und unmittelbare Lehr- und Lernmittelfreiheit für dual- und vollzeitschulische Auszubildende durch. Daneben fördern wir die Auszubildenden durch die Verbesserung der sachlichen Ausstattung einschließlich der Bereitstellung eines (digitalen) Arbeitsplatzes.

## **AUSBILDENDES PERSONAL**

Der Betreuungsschlüssel von mindestens 1:8 für hauptberufliches Ausbildungspersonal ist für ein individuelles Lernen unabdingbar; im ersten Schritt lässt sich dies am schnellsten innerhalb der Zuständigkeiten von Freistaat und Kommunen umsetzen. Wir sind uns auch bewusst, dass Bildung nicht mit dem Ende der Ausbildung beendet ist, deshalb verankern wir ein gesetzliches Recht auf Weiterbildung für Ausbildungspersonal unabhängig von der Forderung nach Bildungsurlaub und kostenneutral. Hierzu führen wir einen Bildungsurlaub ein (10 Tage auf zwei Jahre).

## **DUAL STUDIERENDE**

Auch im Bereich des dualen Studiums werten wir die Ausbildung beispielsweise durch hochschulübergreifende Standards für dual Studierende auf. Studierende entlasten wir auch in diesem Bereich finanziell, indem sie einen Rechtsanspruch auf Kostenübernahmen (Fahrt, Studiengebühren und Unterbringung) durch ihr Arbeitgeber\*innen erhalten. Eine Rückzahlungsklauseln verbieten wir gesetzlich.

Wir fordern außerdem eine Umlage für das duale Studium, äquivalent zur Ausbildungsumlage. Dafür wird ein Fonds eingerichtet, in den zunächst alle Betriebe (gestaffelt nach Größe) einzahlen. Dann erhalten alle Betriebe, je nachdem wie viel sie ausbilden, Geld aus diesem Fonds zurück. Mit dem Geld investieren die Unternehmen dann in duale Studienplätze.



Gleichzeitig stellen wir in sozialen Berufen (die meist auf die eine oder andere Art vom Staat finanziert werden), in denen die Träger bereits oft unterfinanziert sind, ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um ein duales Studium möglich zu machen.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Keine Ausbildung unter drei Jahren
- Verbesserung der sozialen Sicherungen für Azubis
- Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für gleiche Arbeit, Abbau befristeter und prekärer Stellen an beruflichen Schulen
- Gesetzliches Recht auf Weiterbildung für Ausbildungspersonal
- Bildungsurlaub
- Hochschulübergreifende Standards für dual Studierende

## **HOCHSCHULEN**

### **AUFGABEN DER HOCHSCHULEN UND GRUNDLAGEN DER HOCHSCHULBILDUNG**

Lehre und Forschung sind und bleiben mit uns Hauptaufgaben der bayerischen Hochschulen. Einer kapitalistischen Verwertungsorientierung, wie sie sich gerade durch die Entwürfe der derzeitigen Landesregierung zur Hochschulreform zieht, welche aber auch schon ohne diese fehlgeleitete Reform zu weit in der bayerischen Hochschullandschaft etabliert ist, erteilen wir eine klare Absage. Der Wissenstransfer von den Hochschulen in Gesellschaft und Wirtschaft ist zwar zu fördern, darf aber nicht zur Grundvoraussetzung für die Arbeit der Hochschulen erhoben werden. Vielmehr müssen aktuelle Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit kostenlos zugänglich gemacht werden. Für uns gilt grundlegend, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung auch öffentlich zugänglich sein und gleichzeitig Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft unabhängig von Drittmitteln arbeitsfähig und angemessen ausgestattet sein müssen.

Diese Unabhängigkeit von Drittmitteln bedeutet nicht weniger als die Freiheit der Forschung von äußerer Einflussnahme. Anstatt an wirtschaftlichen Maßstäben soll die Arbeit der Hochschulen an ethischen Kriterien, gesellschaftlicher Verantwortung und Nachhaltigkeit orientiert sein und in demokratischen Strukturen unter paritätischer Repräsentation aller betroffener Statusgruppen organisiert werden. In diesem Kontext bekennen wir uns zur Zivilklausel im Sinne einer friedensorientierten Forschung. Gerade der Hintergrund der Rolle der Hochschulen und Universitäten in der menschenverachtenden NS-Diktatur bedeutet eine ganz besondere ethische Verantwortung für den Forschungsstandort Deutschland.

### **DEMOKRATISIERUNG UND PARTIZIPATION**

Wir setzen uns für eine konsequente Demokratisierung der Hochschulen ein. Jede Statusgruppe soll dabei über eine eigene Interessenvertretung verfügen, deren Aufgaben, Kompetenzen und Befugnisse gesetzlich festzuschreiben sind. Insbesondere die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern ist als Maßnahme für eine vernünftige demokratische Teilhabe der Studierenden in den einzelnen Hochschulen wie auch auf Landesebene lange überfällig.

In den Statusgruppen-übergreifenden Hochschulgremien setzen wir eine viertel-paritätische Repräsentation der Statusgruppen nach Thüringer Vorbild unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben durch. Diese und alle Gremien werden auch hinsichtlich



der Geschlechter paritätisch besetzt.

## **HOCHSCHULFINANZIERUNG**

Damit Hochschulen ihre Aufgaben in Forschung und Lehre vollumfänglich erfüllen können, benötigen sie eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung durch den Freistaat Bayern. Diese muss der Hochschule einerseits Planungssicherheit durch die langfristige Anlegung als auch finanzielle Unabhängigkeit von Drittmittelprojekten, und damit von wirtschaftlichen Interessen, durch ihre Höhe gewährleisten können.

Diese Aufgabe kann der Freistaat Bayern nicht alleine leisten. Deshalb fordern wir die längst überfällige vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern.

## **HOCHSCHULZUGANG**

Dafür bauen wir vorhandene Hürden für Studierende aus Arbeiter\*innenfamilien, als auch für Menschen, die keine Deutsche Staatsbürger\*innenschaft haben, ab. Deshalb fordern wir internationale Standards für den Zugang an eine Hochschule auch in Bayern anzuerkennen. Zudem fordern wir, Zulassungsbeschränkungen für Studiengänge abzuschaffen.

## **ARBEITSPLATZ HOCHSCHULE**

Nicht erst seit #IchBinHanna sind die Probleme prekärer Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weitläufig bekannt. Seit Jahren kämpfen Beschäftigte und Gewerkschaften gegen den Kahlschlag des akademischen Mittelbaus, gegen Kettenbefristungen und ausbeuterische Pseudo-Teilzeit-Stellen. Was bisher fehlt, ist der politische Wille, diese

Probleme anzugehen. Wir gehen die Probleme an, indem wir Daueraufgaben in Forschung und Lehre auch mit Dauerstellen versehen, Höchstbefristungsdauern sowie sachgrundlose Befristung abschaffen. Zudem fordern wir auch für studentische Hilfskräfte nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) mit vertraglich festgeschriebenen Urlaubsansprüchen und Wochenarbeitszeiten. Des Weiteren soll dem Trend der Kurzzeitverträge auch hier Einhalt geboten werden. Deshalb setzen wir uns für Mindestvertragslaufzeiten für Arbeitsverträge von studentischen Beschäftigten ein.

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen wir eine juristische Grundlage für ein Arbeitnehmer\*innenrecht auf Tele-Arbeit.

Die demokratische Partizipation der Angestellten an den Hochschulen stärken wir durch eine Personalvertretung nach Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes; damit geht insbesondere ein Freistellungsanspruch für in der Interessensvertretung beschäftigte Personen einher.

## **HOCHSCHULBETRIEB**

Übergeordnetes Ziel wissenschaftlicher Lehre muss die Vermittlung von wissenschaftlichen Standards sein. Die Universitäten müssen dafür Sorge tragen, dass diese sowohl in Lehre als auch Forschung eingehalten werden. Eine hochschulübergreifende Qualitätssicherung der Lehre kann dazu beitragen, dass Standards eingehalten werden und Studiengänge vergleichbar sind. Für die Vernachlässigung der Lehre seitens der Universität fordern wir Handlungen von Seiten der Landesregierung (z.B. Sanktionen). Zudem fordern wir, die richtigen Schlussfolgerungen aus zwei Jahren Pandemie zu ziehen.

Für die Qualitätssicherung der Lehre müssen die Verantwortlichen sinnvolle didaktische Konzepte entwickeln, die das klassische Vorlesungskonzept aufbrechen. Wie etwa eine Orientierung hin zu Seminaren mit kleinerer Teilnehmer\*innenanzahl, regelmäßigen Übungs- und Fragestunden, Transparenz bei Prüfungsablauf und -bewertung,



hochschulübergreifende Evaluationen von Lehrveranstaltungen. Der dadurch entstehende zusätzliche Workload für Hochschullehrer\*innen muss in der Lehrverpflichtungserklärung einkalkuliert werden dürfen.

## **FEMINISMUS, CHANCENGLEICHHEIT UND VIELFALT**

Wir kämpfen gegen jegliche Art der Ausgrenzung und Diskriminierung. Ungleichbehandlung darf nicht nur ein Thema der benachteiligten Gruppe sein, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen werden. Chancengleiche Bildung ohne Beeinflussung durch Geschlecht, Gender, Herkunft, Beeinträchtigung oder finanziellen Hintergrund ist für uns ein Grundrecht.

Hochschulen müssen aktiv und konsequent gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Antisemitismus vorgehen. Dafür fordern wir anonymisierte Beschwerdewege und besondere Beaufträge.

Lange gewachsene und manifestierte patriarchale Strukturen durchbrechen wir durch einen Kanon aus konsequentem Empowerment auf der einen Seite und festen Quotenregelungen auf der anderen Seite. Feministische Hochschulpolitik braucht konkretes Handeln und mehr als bloße Lippenbekenntnisse und Allgemeinplätze.

Wir kämpfen gegen gesellschaftlich geschaffene (binäre) Geschlechterstereotype und veraltete Rollenbilder. Kein Studiengang und kein Forschungszweig, egal ob im MINT-Bereich, Lehramtsstudium, Land- und Forstwirtschaft oder in der Ökonomik, sollte Geschlechter-spezifisch beworben oder ausgerichtet sein. Bestehende Stereotype bekämpfen und durchbrechen wir durch offensive Aufklärungsarbeit.

## **CHANCENGLEICHHEIT INTERNATIONALISTISCH**

Wissen kennt keine Grenzen. In diesem Sinne befürworten wir einen Ausbau internationaler Hochschul-Partnerschaften und stärken Austausch-Förder-Programme wie ERASMUS; denn kultureller Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg fördern den Internationalen Zusammenhalt und bauen Ressentiments ab. Zudem setzen wir uns für ähnliche Förderprogramme außerhalb der Europäischen Union ein und befürworten den Austausch nicht nur auf universitärer Ebene.

## **VERSORGUNG IN ALLEN BEREICHEN**

Die Bewirtschaftung der Uni-Mensen richten wir nachhaltiger und sozialer aus. Studierende erhalten Anspruch auf eine warme Mahlzeit täglich, die Verwendung regionaler, nachhaltiger Ressourcen etablieren wir durch gezielte Förderung als Norm.

Die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke stießen während der Pandemie vielerorts an die Grenzen ihrer Kapazität, doch gerade in Krisenzeiten ist die Betreuung durch psychologisch geschultes Personal immens wichtig. Hier schaffen wir dauerhaft mehr Stellen, damit auch in Krisenzeiten die Wartezeiten minimal gehalten werden können, sowie die damit einhergehend notwendigen technischen und räumlichen Voraussetzungen. Hürden, psychologische Beratung oder auch Behandlung in Anspruch zu nehmen, wollen wir abbauen. Das bedeutet insbesondere, dass die Inanspruchnahme psychologischer Hilfe kein Ausschlusskriterium für die Verbeamtung von Lehrkräften sein darf.

## **INKLUSION**

Wir fordern die Barrierefreiheit aller Gebäude einer Hochschule durch stufenlose Zugänge, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Bibliotheken, Büros und Laboren als auch Leitsystemen für Menschen mit Sehenschränkungen. Hierfür sollen die Hochschulen ihre Räumlichkeiten auf mögliche Barrieren prüfen und diese - wenn nötig - mit baulichen Maßnahmen beheben.



Neben baulichen Maßnahmen fordern wir, dass Inklusion auch in der Lehre und Forschung der Universitäten umgesetzt wird. Lehrende sollen ihre Veranstaltungen barrierefrei gestalten, um allen Studierenden die Teilnahme an ihren Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Abteilungs- und Institutsleitungen entwickeln Richtlinien für ein inklusives Arbeitsumfeld.

Für die Unterstützung bei der Umsetzung von inklusivem Lernen und Forschen werden allen Mitgliedern der Hochschulen Workshops und Seminare zum Thema "Inklusion" angeboten. Zusätzlich schaffen wir Stellen für "Inklusionsbeauftragte", die diesen Prozess begleiten und unterstützen sollen.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Den Ausbau der Kompetenzen der Frauenbeauftragten in den Hochschulgremien
- Gleichberechtigte Repräsentation aller Geschlechter bei Einstellung und Berufungen in allen akademischen Karrierestufen
- Verbindliche Zielvereinbarungen, die in regelmäßigen Abständen durch die Hochschulgremien festgelegt und überprüft werden
- Schutz vor sexualisierter Gewalt durch konsequente Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die Etablierung niederschwellig erreichbarer Meldestellen und Schaffung von Safer-Spaces
- Ausbau internationaler Hochschul-Partnerschaften und Austausch-Förder-Programme
- Nachhaltigere und sozialere Bewirtschaftung der Uni-Mensen
- Anspruch der Studierenden auf eine warme Mahlzeit täglich
- Barrierefreiheit aller Gebäude einer Hochschule

## **ERWACHSENENBILDUNG**

Ein (unabhängiges) Bildungsgeld garantiert jeder sich in Aus-/Weiterbildung befindlichen Person finanzielle Sicherheit, die keine Kindergrundsicherung erhält. Dies ermöglicht sorgenfreies lebenslanges Lernen und (Weiter-)Bilden. Gerade in Zeiten von branchenübergreifendem Fachkräftemangel und dem immer flexibler werdenden Arbeitsmarkt wird ein Instrument benötigt, das den Menschen hilft, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und anzupassen.

Das Bildungsgeld ist modular aufgebaut und soll aus drei Kategorien bestehen:

1. Lebensunterhalt (Miete, abwechslungsreiche und gesunde Ernährung, Mobilität, etc.)
2. Bildungsausgaben (Studiengebühren, Kosten für Lernmaterialien, etc.)
3. Soziale und kulturelle Teilhabe (Besuch von Kino, Theater, Bars, Urlaube, etc.)

Es soll ausreichen, um Lehrmaterialien zu beschaffen und darüber hinaus auch den Lebensunterhalt zu bestreiten. Darunter fallen nicht nur Miete, gesunde Lebensmittel, etc. sondern auch die soziale und kulturelle Teilhabe, Urlaube, usw.

Das Bildungsgeld ist nicht abhängig vom eigenen Vermögen, dem Vermögen und Einkommen der Eltern, Ehegatten/Partner\*innen oder Geschwistern.

Der Antrag ist unkompliziert und unbürokratisch, wodurch eine schnelle Auszahlung an



den\*die Antragsteller\*in gewährleistet wird. Im Mittelpunkt steht das Lernen. Dennoch wird ein finanzieller Zuverdienst nicht sanktioniert. Darüber hinaus unterstützen wir einmalige, kostenintensive Anschaffungen (z.B. Laptops / Tablets) durch ein jährliches Budget.

**Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ein Bildungsgeld, modular und in drei Kategorien aufgebaut

## **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG**

Als Jungsozialist\*innen ist uns die umfassende und ganzheitliche Bildung ein unfassbar wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass in Bayern Jugendarbeit als eine unverzichtbare Säule vor allem auch für jugendgerechte Kommunen gesehen wird. Denn die Angebote der Jugendarbeit von der Gruppenstunde, über Festivals und Freizeiten bis hin zu Seminaren und internationalen Begegnungen sind wesentliche und bedeutende Bestandteile des Freizeit- und Bildungsangebots für junge Menschen.

Jugendarbeit ist ohne das ehrenamtliche Engagement von Jugendleiter\*innen undenkbar. Aus diesem Grund stellen wir auch in Bayern die Rahmenbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten umfassend sicher und bauen diese aus. Gerade das Jugendarbeitsfreistellungsgesetz mit seinen starren, engen Grenzen gestalten wir deutlich flexibler aus.

## **GESAMTVERANTWORTUNG DER KOMMUNEN**

Die Kommunen müssen ihre Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wahrnehmen, freie Träger der Jugendarbeit (Jugendverbände, -initiativen und -ringe) stärker unterstützen, beraten und begleiten sowie das Subsidiaritätsprinzip achten. Dabei stellen wir deutlich mehr Mittel für die Jugendarbeit vor Ort in den Kommunen zur Verfügung. Dazu gehört auch eine angemessene jugendarbeitsgerechte personelle Ausstattung.

Die Startchancen junger Menschen dürfen nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. Daher ist es notwendig, dass die Kommunen ihre Anstrengungen verstärken, dass alle jungen Menschen die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen. Auch bei jungen Geflüchteten kann die Jugendarbeit dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn dafür die notwendige Unterstützung seitens der Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Dies kann durch zusätzliche Zuschüsse für Ferienfreizeiten und Seminare der Jugendarbeit, durch eine Übernahme der Mitgliedschaftsgebühren in Vereinen oder durch andere Unterstützungsleistungen geschehen.

## **JUGENDVERBÄNDE UND -INITIATIVEN**

Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Die bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit ist für Kommunen und das Land eine pflichtige Aufgabe, für die ein angemessener Teil des Jugendhilfeeinsatzes verwendet werden muss. Zusätzlich fordern wir die Förderung von städtischen und staatlichen Träger\*innen von Jugendeinrichtungen. Mit uns wird der Freistaat hier seiner Aufgabe deutlich stärker gerecht werden.

Förderrichtlinien und Anträge sind in leichter Sprache zu verfassen und müssen leicht zugänglich sein, um auch Jugendinitiativen, z.B. Jugendgruppen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, einen leichten Zugang zur Förderung zu ermöglichen. Die Förderung einzelner Projekte der Jugendarbeit muss kurzfristig und ohne die vorherige Anerkennung als Träger der Jugendhilfe möglich sein.



Bei Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Ganztagschulen müssen die Schulen eine ausreichende Finanzierung außerunterrichtlicher Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Dies darf nicht zu Lasten der Förderung außerschulischer Jugendarbeit gehen.

Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck wird bei allen Vorhaben des Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft. Sofern eine besondere Relevanz der Vorhaben für Jugendliche gegeben ist, wird eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der Jugendverbände gesetzlich geregelt. Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, hören wir vermehrt an und deren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten bauen wir aus.

Neben der Jugendverbandsarbeit gibt es allerdings noch viele weitere Möglichkeiten der Förderung von Bildung außerhalb des formalen Systems. Zum Beispiel können Schüler\*innenlabore in den Universitäten zusätzliche Lernangebote für Schüler\*innen darstellen, die den Unterrichtsstoff vertiefen und einen Einblick in die Forschungs- und Arbeitswelt ermöglichen. Dafür werden wir über das Kultusministerium Gelder für Stellen, Räume und Ausstattung und für den Aufbau der Angebote und die wissenschaftliche Betreuung und Auswertung der Projekte zur Verfügung stellen.

Generell finanzieren wir außerschulische Angebote, die von öffentlichen Institutionen getragen werden können. Außerdem sorgen wir dafür, dass ein lebenslanges Lernen möglich ist, also auch die Erwachsenenbildung stark ausgeweitet wird.

Wichtig ist, dass in der Schule niemand abgehängt wird. Dafür benötigt es individuelle Förderung außerhalb des verpflichtenden Unterrichts. Dafür finanzieren wir zusätzliche Unterrichtsstunden, welche die Schulen vor Ort selbst organisieren ("Brücken bauen").

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ausbau der Förderung des ehrenamtlichen Engagements
- Kontinuierliche und verlässliche Förderung der Jugendverbände und -initiativen
- Förderung der Partizipation von jungen Menschen in außerschulischen Bereichen
- Förderung der Integrations- und Inklusionskraft der Jugendarbeit





# **WOHIN AUCH IMMER DU FAHREN WILLST – WIR MACHEN´S MÖGLICH**

Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Das verankern und setzen wir in Bayern aktiv um. Wir machen, dass der öffentliche Personennah- und Fernverkehr mit der besten Infrastruktur, regelmäßigen Takten und bedarfsorientierten Angeboten überall in Bayern verfügbar sein wird. Dazu braucht es auch einen Ausbau der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur im gesamten Freistaat. Neue Mobilitätsangebote dürfen nicht - wie z.B. Elektroroller in den Großstädten - zur Belastung werden, sondern müssen sinnvoll in den Umweltverbund integriert werden. Damit auch alle von A nach B kommen, verpflichten wir Verkehrsanbieter gesetzlich zur Barrierefreiheit. Die Umsetzung wird staatlich geprüft.

Wir sorgen dafür, dass nach 2023 die Versorgung und Mobilität integriert geplant ist. Wir verkürzen Wege für alle. Dazu müssen Versorgungsinfrastrukturen dezentrale und digitale Elemente umfassen, um einfach erreichbar zu sein, ohne lange Wege auf sich nehmen zu müssen. Der Verkehr darf gleichzeitig nicht die Lebensqualität der Bürger\*innen einschränken. Daher ist klar, dass wir Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und die Gestaltung von lebenswerten Wohnorten mitplanen.

## **ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)**

### **KOSTENLOSES LANDESTICKET FÜR ALLE AUSZUBILDENDEN, SCHÜLER\*INNEN UND STUDIERENDEN**

Von Jugendlichen wird immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Ausbildungsstätte ist keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt der Weg zur Berufsschule dar. Auszubildende müssen häufig weite und dadurch kostenintensive Wege zur

Schule absolvieren. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen häufig für ein gesamtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Zum Teil müssen die Tickets komplett selbst erbracht werden. Vor allem Auszubildende, die nur sehr gering oder gar nicht vergütet werden, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler\*innen. Diese müssen ab der 11. Jahrgangsstufe die Fahrtkosten zur Schule meist selbst tragen. Bei Studierenden konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu niedrigeren Preisen in Form eines Studierendentickets möglich machen. Das ist aus unserer Sicht jedoch zu wenig.

Wir führen daher ein kostenloses Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler\*innen, Studierenden sowie Teilnehmende an den

Freiwilligendiensten BFD, FSJ, FSJ Kultur, FOJ und FSJ für Geflüchtete im Freistaat Bayern ein. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern.

### **TICKETFREIER ÖPNV FÜR ALLE**

Klar ist, dass in Zukunft nicht nur für Auszubildende und Studierende die Nutzung des ÖPNV, ohne ein Ticket zu bezahlen, möglich sein muss, sondern für alle Personen in Bayern erfolgen soll. Wir setzen daher mittelfristig den ticket- und kostenfreie ÖPNV für alle durch.



## **TAKTUNG**

Gerade für junge Leute ist nicht nur die Busverbindung in die Stadt relevant, sondern auch eine regelmäßige Bustaktung in die Nachbardörfer, um ohne große Umwege beispielsweise zum Fußballtraining zu gelangen. Um nicht ständig auf das Auto der Eltern angewiesen zu sein, etablieren wir flächendeckende Querverbindungen durch Bus und Bahn zwischen verschiedenen Dörfern und Landkreisen. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie für Bayern. Wir sorgen dafür, dass jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus angeschlossen ist, damit sauberer Verkehr und Teilhabe gleichermaßen gelingen. Das erreichen wir mit dem vom Bund geförderten Ausbau bzw. der Wiederaufnahme von Schienenverbindungen, mit überregionalen Expressbussen, Bahn, Bus oder Ruftaxen.

## **RUFBUSSE**

Ein Rufbussystem soll in ländliche Regionen bei der Anbindung an den ÖPNV unterstützen. Um die Möglichkeit zu haben, auch in abgelegenen Regionen schnell von A nach B zu kommen, wird mit uns in jedem Dorf ein Bus nach Bedarf jede Stunde zur Verfügung stehen.

## **BAYERISCHE EISENBAHNGESELLSCHAFT**

Die bayerische Eisenbahngesellschaft soll in eigener Regie Regionalbuslinien anbieten, die Orte verbindet, welche keine direkte Schienenanbindung haben. Wir verbessern die Verkehrs- und Mobilitäts-Planung in Bayern. Wir machen aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft, die für alle überregionalen Bahn- und Busverbindungen zuständig ist. Zudem unterstützen wir Landkreise und Städte stärker als bisher.

## **ELEKTRIFIZIERUNG ALLER BAHNSTRECKEN UND REAKTIVIERUNG VON BAHN- UND BUSSTRECKEN**

Die bundespolitische Aufgabe der Elektrifizierung aller Bahnstrecken wird von uns in aller Konsequenz unterstützt.

Wir fördern nicht nur den schienengebundenen Nahverkehr, sondern auch den Fernverkehr. Wir setzen uns für eine Verlagerung des Fernverkehrs von der Straße hin zur Schiene ein. So können wir einerseits unsere Umwelt stärker vor der verkehrsbezogenen Umweltverschmutzung schützen. Andererseits fördern wir so weiter die Mobilität von gerade jungen Menschen.

Deshalb senken wir auch hier die Ticketpreise massiv, damit das Zugfahren von einer teuren Alternative zur ersten Wahl im Fernverkehr wird. Uns ist aber auch klar, dass Fernreisen wegen fehlender Anbindung nicht immer eine Option sind. Folglich muss das gesamte Schienennetz rück- und ausgebaut, bestehende eingleisige Strecken zu mehrgleisigen umgebaut und mehr Ballungszentren an das ICE-Netz angebunden werden. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass, neben dem Ausbau, stillgelegte Bahnstrecken und Buslinien in Bayern reaktiviert werden.

## **VERÄNDERUNGEN FÜR DIE GESAMTE DEUTSCHE BAHN**

Wir blicken jedoch nicht nur hinsichtlich der Bahn nach Bayern, sondern auch in das Bundesgebiet. Gerade der Fernverkehr wird als Bundessache nicht von den Regionalbahnen verwaltet. Daher müssen hier signifikante Änderungen in die Bahnstruktur einziehen, um die Deutsche Bahn insgesamt fit für die Zukunft zu machen.

Dies beginnt bereits bei der Struktur: Wir brauchen endlich wieder eine komplett staatliche Bahn, die sich auf die Grundversorgung in Form der Beförderung von Fahrgäst\*innen fokussiert, anstatt auf Auslandsgeschäfte. Dementsprechend stoßen wir alle Auslandsgeschäfte, mit Ausnahme von Kooperationen mit europäischen und nicht-



europäischen Bahnunternehmen, ab. Die Bahn muss sich endlich wieder aufs Kerngeschäft fokussieren! Die DB muss hierbei federführend an einem europaweit einheitlichen Tarif- als auch Rabattkartensystem mitsamt einer staatlichen europäischen Netzagentur beteiligt sein. Die Bahn muss mit Hilfe der hauseigenen DB Energie die eigene Klimaneutralität bis 2035 umsetzen!

Hinsichtlich der bahneigenen Strukturen setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft für die Anwendung aller Tarifverträge mitsamt Mindeststandards für Länder und Kommunen ein. Die Zeit von 27 verschiedenen SPNV-Philosophien wird mittel- bis langfristig der Vergangenheit angehören. Ebenso sorgen wir dafür, dass Steuern sowohl auf Tickets, als auch auf Kraftstoffe von Bahnen und zur DB gehörenden Bussen entfallen, um kurzfristig die Bahn preislich attraktiver zu gestalten. Zur Vereinfachung der Planungen hinsichtlich der klimaneutralen Bahn der Zukunft integrieren wir das Eisenbahnbundesamt in die Bahn. Hinsichtlich des Bahnpersonals bewirken wir die Rückkehr des Streifensystems für Mitarbeitende der Bahn. Es soll für Bahnreisende als auch die Mitarbeitenden selbst sofort ersichtlich sein, welche Zuständigkeiten den jeweiligen Mitarbeiter\*innen zugrunde liegen. Zudem legen wir das Personal für alle Beförderungsarten (Regio-, Fern- und Güterverkehr) zusammen. Gegebenenfalls müssen Schulungen für Bestandsmitarbeitende angeboten werden, um notwendige Qualifikationen nachträglich erwerben zu können. Dies soll den Arbeitstrott aufbrechen und die Tätigkeiten für Mitarbeitende abwechslungsreicher machen. Zudem verändern und demokratisieren wir gezielt bahninterne Strukturen in enger Abstimmung mit Gewerkschaften als auch Fahrgäst\*innenverbänden. Unser Ziel ist es, eine Bahn zu schaffen, welche ihre Kernaufgaben klimaneutral und mit stetiger Rückkoppelung mit Gewerkschaften und Fahrgäst\*innen erfüllen kann. Die Deutsche Bahn muss endlich das verkehrspolitische Aushängeschild darstellen und nicht dessen Gespött.

Wo noch Gleise liegen und Strecken nicht einmal entwidmet sind, kann im Vergleich zum Neubau sehr schnell und ohne großen Ressourcenaufwand ein attraktives Angebot für den Umstieg auf den Schienenpersonennahverkehr geschaffen werden. Daher sorgen wir dafür, dass bei der politischen Bewertung von Fahrgastprognosen das Ziel der Verkehrswende stärker zur Geltung kommen und von den aktuell geltenden strikten Anforderungen an eine sofort eintretende Mindestnachfrage Abstand genommen werden. Zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen kommt dem Nahverkehrsangebot in ländlichen Regionen eine besondere Priorität und auch eine Anschubfinanzierung zu.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ein kostenloses Landesticket für alle Auszubildenden, Schüler\*innen und Studierenden
- Die stündliche Anbindung aller Orte mit dem ÖPNV
- Mittelfristig: ein ticketfreier ÖPNV
- Die Stärkung der bayerischen Eisenbahngesellschaft
- die Elektrifizierung der Bahn (der Streckenabschnitt zwischen Nürnberg und Hof ist hier von besonderer Bedeutung, da sie die Wiederherstellung des Fernverkehrs auf der gesamten Sachsen-Franken-Magistrale und die Rückkehr der Städte Bayreuth und Hof in das ICE-Netz ermöglicht)

### **RADVERKEHR**

Neben einem Ausbau des ÖPNV setzen wir auch eine bessere Infrastruktur für den Radverkehr durch. Das Fahrrad bietet gerade Jugendlichen ohne Führerschein die Möglichkeit, flexibel, umweltfreundlich und kostengünstig zu pendeln. Hierfür müssen die Fahrradwege aber gewisse Standards erfüllen, gut getrennt vom motorisierten Verkehr



verlaufen und bei Nacht ausreichend beleuchtet sein. Querverbindungen zwischen Stadtvierteln und Gemeinden, vor allem auch im ländlichen Raum, priorisieren wir vor Großprojekten wie Radschnellwegen. Dies stellt sich kompliziert dar, da solche Verbindungen oft mehrere Gemeinden betreffen und auf kommunaler Ebene abgesprochen werden müssen. Außerdem ergeben sich Konflikte mit Grundbesitzer\*innen, die Areal nicht hergeben und dadurch den Bau blockieren. Deshalb unterstützen wir Kommunen bei der Erstellung von Bebauungsplänen, die im Zweifel eine Enteignung erleichtern und es ermöglichen werden, größere gemeindeübergreifende Radwegeprojekte zu planen.

Zusätzlich statten wir Bahnhöfe flächendeckend mit ausreichenden Fahrradabstellanlagen und Leihfahrrädern aus. Diese integrieren wir in den Tarif.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Eine verbesserte Infrastruktur für den Radverkehr
- Fahrradabstellanlagen und Fahrräder an Bahnhöfen

### **FUSSVERKEHR**

Fußgänger\*innen berücksichtigen wir bei allen Planungen primär. Insbesondere die Umsetzung der geltenden Baurichtlinien für den Fußverkehr wird durchgesetzt und überwacht. Fördergelder binden wir in der Auszahlung an die Einhaltung der Baurichtlinien. Darüber hinaus setzen wir uns für die Umsetzung von autofreien Innenstädten ab Kleinstadtgröße ein. Für den Umbau stellt der Freistaat einen Sonderförderung bereit.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Die primäre Berücksichtigung von Fußgänger\*innen bei allen Planungen
- autofreie Innenstädte ab Kleinstadtgröße

### **AUTOVERKEHR**

#### **TEMPOLIMIT**

Ein Tempolimit bringt nur Vorteile. Es reduziert Emissionen, führt zu einem geringeren Benzin- und Kraftstoffverbrauch, ist Lärmschutz, sorgt für eine geringere Abnutzung der Straßen und senkt die Unfälle mit Personen- und Sachschäden. Darüber hinaus wird die Lärmbelastung für Menschen und Tiere reduziert. Für Geschwindigkeitsbeschränkungen im Sinne des Lärmschutzes ist der Freistaat Bayern zuständig. Daher setzen wir in Bayern ein sofortiges Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen um.

Solange ein Tempolimit auf Bundesebene nicht umsetzbar ist, führen wir ein Tempolimit auf Landesebene ein. Dies begründen wir über die erhöhte Lärmbelastung. Außerdem etablieren wir in geschlossenen Ortschaften Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit.

#### **ELEKTROMOBILITÄT**

Der Freistaat Bayern muss alles tun, um die bundespolitischen Zielsetzungen hinsichtlich der Elektromobilität zu unterstützen.

Wir prüfen, ob E-Ladestationen ein Pflichtangebot für die Verteilnetzbetreiber sein sollen. Über die Bayerische Bauordnung machen wir konkrete Vorgaben zur Vorrüstung und



Errichtung von E-Ladeinfrastruktur. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Förderung für E-Ladeinfrastruktur (Übernahme von mindestens 50 Prozent der Kosten für Planung, Montage und Installation einer Ladeinfrastruktur sowie bis zu 10.000 Euro für einen Schnellladepunkt) in ganz Bayern. Dabei schließen wir private Haushalte im Innenstadtbereich explizit aus, um das Ziel der autofreien Innenstädte nicht zu unterlaufen.

## **TAXI 50/50**

Wir wollen, dass alle sicher und gut zu jeder Zeit nach Hause kommen. Vor allem in der Nacht wollen wir es jungen Menschen ermöglichen, sowohl kostengünstig, schnell als auch sicher nach Hause zu gelangen. Wenn es keine Möglichkeit mehr gibt, auf den öffentlichen Nahverkehr zurückzugreifen, kann die Einführung eines Taxi 50/50 Abhilfe schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler\*innen und Studierenden können sich online bei Ihrer Stadtverwaltung oder Landratsamt anmelden, dass sie Azubi, Schüler\*in beziehungsweise Student\*in im jeweiligen Kommunalgebiet sind und bekommen eine Zertifizierung (beispielsweise QR-Code), welche sie bei der Taxifahrt vorzeigen können. Diese ermöglicht es, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch die Personen übernommen werden muss. Der andere Teil wird durch die Stadt oder das Landratsamt übernommen. Darüber hinaus bieten wir für FLINTA\*-Personen staatlich ausfinanzierte Nachttaxen an, um allen FLINTA\*-Personen auch zu später Stunde einen sicheren Heimweg zu ermöglichen – unabhängig davon, ob noch ein ausgedünntes ÖPNV-Angebot besteht oder nicht. Die Fahrtkosten werden direkt zwischen Freistaat und den Taxiunternehmen abgerechnet.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ein Tempolimit
- Die Erhöhung der Förderung für E-Ladeinfrastruktur
- Die Einführung eines Taxi 50/50

## **FLUGVERKEHR**

Bayern muss Vorreiter im Erreichen der Klimaziele sein. Deshalb werden mit uns die bayerischen Flughäfen nicht weiter ausgebaut. Das gilt insbesondere für den Flughafen München, dessen Zahl von Flugbewegungen bisher jede Prognose unterboten hat. Regionalflughäfen werden nicht mehr subventioniert und bei fehlender Rentabilität stillgelegt.

Innerdeutschen Flüge sowie Auslandsflügen mit einer Distanz von nicht mehr als 500 km schieben wir über die Beteiligungen des Freistaats einen Riegel vor, indem keine Start- und Landeslots mehr für solche Flüge zur Verfügung gestellt werden.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Einen Ausbaustopp der bayerischen Flughäfen
- Eine Abschaffung von innerdeutschen, sowie Auslandsflügen mit einer Distanz von nicht mehr als 500 km

## **UNSERE VISION: ZERO**

Wir wollen in Zukunft null Verkehrstote („Vision Zero“). Dazu ergreifen wir in Bayern bauliche und organisatorische Maßnahmen, die für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. Aber nicht nur die objektive Sicherheit wird ausgebaut und erhalten, sondern auch das Gefühl von Sicherheit im Rad- und Fußverkehr.



## **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Null Verkehrstote durch Vision Zero

## **FINANZIERUNG**

Während die DB Netz AG im Jahr 2020 vom Bund rund 4,6 Milliarden Euro für Instandhaltung und Ersatz ihrer Infrastruktur erhält, fehlt den durch CSU und Freie Wähler den nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen ein solcher Topf. Davon betroffen sind insbesondere die Anschlüsse von Unternehmen an das bundeseigene Schienennetz sowie Strecken mit touristischen Verkehren.

Wir sorgen dafür, dass der Freistaat den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der Gleisanschlüsse von Unternehmen an das Schienennetz sowie die Instandhaltung von zu touristischen Zwecken betriebene Strecken finanziell fördert. Mit uns befinden sich Bahnstrecken, auf denen regulärer Schienenpersonenverkehr und Schienengüterverkehr stattfindet, in staatlicher Hand. Nötigenfalls überführen wir diese wieder in staatliche Hand. Bahnstrecken in Privatbesitz fördern wir nicht.

## **DER FREISTAAT MUSS SEINEN BEITRAG LEISTEN**

10% des bayerischen Eisenbahnnetzes werden nicht von der Deutschen Bahn, sondern von sogenannten nichtbundeseigenen Eisenbahnen oder kurz NE-Bahnen, betrieben. Während die DB Netz AG im Jahr 2020 vom Bund rund 4,6 Milliarden Euro für Instandhaltung und Ersatz ihrer Infrastruktur erhält, fehlt durch die CSU und Freie Wähler den NE-Bahnen ein solcher Topf. Entsprechend schwierig sind für diese Bahnen die Investitionen in die Infrastruktur.

Mit uns geht der Freistaat Bayern die Finanzierung für NE-Bahnen und die Reaktivierung von Bahnstrecken durch ein jährliches Budget und eine Startfinanzierung an.

## **DIE GELDER VOM BUND RICHTIG VERWENDEN**

Aktuell fließen die Mittel vom Bund hauptsächlich in den Straßenbau. Zum Erreichen einer Mobilität für alle schichten wir in Bayern die Finanzmittel um. Die von der Bundesregierung nach dem Entflechtungsgesetz und dessen Nachfolgeregelungen zugewiesenen Fördermittel vergeben wir ab 2023 in Bayern zu 75 Prozent für Maßnahmen, die dem ÖPNV dienen und nur zu 25 Prozent für die Förderung von Maßnahmen für Straßenbau. Dies schreiben wir im BayGVFG beziehungsweise an geeigneter Stelle fest.

## **SOLIDARISCHES BÜRGER\*INNENTICKET**

Um zur Verkehrswende aus eigener Kraft einen höheren Beitrag zu leisten, führen wir einen Nahverkehrsbeitrag ein. Ziel ist es, die Bevölkerung an der Finanzierung der Verkehrswende und hier insbesondere am Ausbau des ÖPNV zu beteiligen – unabhängig davon, ob dieser von den einzelnen Beitragszahler\*innen genutzt wird oder nicht. Hierzu ist eine Änderung des Kommunalabgabengesetz (KAG) von Seiten des Freistaats notwendig. Diese ermöglicht es den jeweiligen Städten und Regionen, alle Bürger\*innen zu einem zweckgebundenen Beitrag heranzuziehen und lässt ihr den Spielraum, den Beitrag sinnvoll und sozial gerecht auszugestalten. Alle rechtlich verpflichteten Beitragszahler\*innen erhalten im Gegenzug ein solidarisches Bürger\*innenticket ("beitragsrechtlicher Sondervorteil"). Als Beitragszahlende kommen (je nach Ausgestaltung) alle in der Stadt oder Region gemeldeten Personen in Betracht, die ein gewisses Jahreseinkommen erzielen. Heißt, wer mehr verdient, zahlt auch mehr. Wer aufgrund von geringem bis keinem Einkommen, oder anderen Gründen, nicht in die Gruppe der Beitragszahler\*innen fällt, wird trotzdem aufgrund des Solidaritätsprinzips ein solches Ticket erhalten. Erhoben werden kann der Beitrag von der Stadt- oder



Kreisverwaltung.

## **WER PROFITIERT, MUSS ZAHLEN**

Darüber hinaus nutzen wir das Instrument der städtebaulichen Verträge zur Finanzierung des ÖPNV. Bei Bodenwertsteigerungen infolge der Ausweisung von Bauland erfolgt eine Gewinnabschöpfung. Dies geschieht – teils unter dem Stichwort „Soziale Bodenordnung“ – nach Maßgabe der Vorschriften des Baugesetzbuchs in vielen Kommunen bereits durch städtebauliche Verträge zwischen Kommunen und Grundstückseigentümer\*innen. Die hierdurch erzielten Gewinne verwenden wir zur Finanzierung des ÖPNV. Vorrangig schaffen wir durch den Planwertausgleich aber bezahlbaren Wohnraum.

## **ÖPNV- ERSCHLIESSUNGSBEITRÄGE**

Genauso, wie für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten eine Umlegung der Straßenbaukosten auf Anlieger erhoben wird, schaffen wir die Möglichkeit, von Grundstückseigentümer\*innen einen einmaligen Erschließungsbeitrag zu erheben, für die erstmalige Herstellung von baulicher ÖPNV-Infrastruktur. Um aber nicht nur die ÖPNV-Infrastruktur zu erbauen, sondern diese auch gut zu erhalten, erheben wir in regelmäßigen Abständen Erhaltungsbeiträge.

Dabei gestalten sich der Erschließungsbeitrag und die Erhaltungsbeiträge so, dass Personen mit geringerem Einkommen, die zur Miete oder in eigengenutzten Immobilien, weniger belastet werden.

## **ARBEITGEBER-NAHVERKEHRSSONDERABGABE**

Um den Umstieg vom Auto auf eine flächendeckende öffentliche Zubringung zur Arbeit zu ermöglichen, sorgen wir dafür, dass ab einer bestimmten Betriebsgröße alle Betriebe einer Kommune einen bestimmten Prozentsatz der Lohnsumme zweckgebunden zur ÖPNV Finanzierung abführen (analog der „versement transport“ in Frankreich oder der Dienstgeberabgabe in Wien). Hierbei greifen wir auf die Arbeitgeber\*innen zurück, da auch sie vom Umstieg profitieren: Der Betrieb wird für Kund\*innen und Mitarbeiter\*innen leichter erreichbar, ein (Aus-)Bau der Parkplätze wird durch die bessere Anbindung obsolet. Wir erheben eine Sonderabgabe. Dabei wird nicht notwendigerweise ein ÖPNV-Ticket erworben.

## **EINZELHANDELS- NAHVERKEHRS SONDERABGABE**

Der ÖPNV- Ausbau zahlt auch auf Einzelhandelsunternehmen ein. Insbesondere große Lebensmittelketten verbrauchen aktuell vor allem Parkfläche. Um die Infrastruktur umbauen zu können und gleichzeitig die Erreichbarkeit von Einzelhandelsgeschäften zu garantieren, erheben wir von Einzelhandelsunternehmen eine Abgabe, die dem ÖPNV zugutekommt. Die Abgabe knüpft an der Verkehrs Verursachung durch die Unternehmen an.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Mehr finanzielle Unterstützung der Landesregierung
- Ein solidarisches Bürger\*innenticket
- Die Anpassung des Kommunalabgabengesetzes
- Eine Arbeitgeber-/Einzelhandels-Nahverkehrssonderabgabe



## **KLAR IST, ES BRAUCHT EINE MOBILITÄTSWENDE!**

Diese darf aber nicht zu ökonomischen oder sozialen Verwerfungen führen, sondern muss, ganz im Gegenteil, die Chance der Transformation nutzen und sicherstellen, dass die hochqualifizierte Arbeitnehmer\*innen in Bayern weiter beschäftigt sind. Dazu braucht es bei der Transformation des Automobilssektors bayerische industrie- und strukturpolitische Begleitung. Mit uns erfahren besonders betroffene Regionen politische Unterstützung. Um die Transformation zu meistern, schaffen wir umfassende Weiterbildungsinitiativen und eine fortschrittliche Qualifikationspolitik, um Menschen für neue Anforderungen und neue Jobs weiterzubilden. Für die gesamtwirtschaftliche Transformation wird eine vorausschauende Industriepolitik rechtliche Rahmensetzungen schaffen, die klimaneutrale Mobilität und emissionsarme Zukunftstechnologien bevorzugen.

Mit uns wird die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr deutlich verbessert. Dazu gehören höhere Löhne, mehr Beschäftigte und kürzere Arbeitszeiten. Im Bereich der neuen Mobilitätsdienstleistungen entstehen nicht länger prekäre Arbeitsplätze.

Der Mobilitätssektor steht vor großen Umbrüchen, die durch die Verkehrswende, Digitalisierung und Co. entstehen. Wir erweitern den Geltungsbereich des Kurzarbeitergeldes von konjunkturellen Krisen auf Strukturumbrüche und schaffen so ein Transformationskurzarbeitergeld. Wir sorgen außerdem dafür, dass das Kurzarbeitergeld länger gezahlt wird, um Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen. Um Arbeitsplätze zu erhalten, werden mit uns die Arbeitnehmer\*innen an den Gewinnen beteiligt. Außerdem setzen wir uns für die 30-Stunden-Woche auch im Verkehrsbereich ein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle neu geschaffenen Arbeitsplätze unserer Vorstellung von guter Arbeit entsprechen. Dabei gelten für uns die Kriterien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): tarifgebunden, mit Mitbestimmung und unbefristet.





# **IMMOBILIENHAIE RAUS AUS DEM AQUARIUM!**

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Denn was nützt es, wenn erkämpfte Lohnforderungen durch die Miete wieder aufgebraucht werden? Was nützen boomende Städte mit einer guten Infrastruktur, wenn man dort keine Wohnung findet? Was nützen neue Bauvorhaben, wenn sie alle Erholungsflächen versiegeln und das Klima schädigen?

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum folgt aus dem Zusammentreffen verschiedener Problemstellungen, für die eine Lösung nur im Zusammenspiel verschiedener Themenfelder möglich ist. Wir konzentrieren uns hier auf Wohnraum für Junge Menschen, sowie dem Neubau von bezahlbarem Wohnraum und guter öffentlicher Daseinsvorsorge in Stadt und Land, Verbesserungen bei bestehenden Mietverhältnissen, einem Ende von Bodenspekulation sowie ökologischen Anforderungen.

## **JUNGE MENSCHEN BRAUCHEN WOHNRAUM**

Junge Menschen finden weder auf dem Land noch in der Stadt ausreichend geeignete und bezahlbare Wohnungen. Eine geeignete Wohnung ist aber Voraussetzung für gutes Lernen und einen erfolgreichen Abschluss. Und besonders diejenigen, die von ihren Eltern nicht umfassend finanziell unterstützt werden können, sind auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

## **JUNGES WOHNEN**

Wir sorgen für mehr kleinere Wohnungen für junge Menschen auf dem Land, zum Beispiel durch die Förderung des Baus von Einliegerwohnungen und Wohnformen, die keine Einfamilienhäuser sind. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir die Verdrängung von jungen Menschen aus den Innenstädten unterstützen. Mehr Angebote für Junges Wohnen in Stadt und Land schaffen wir durch kommunale und staatliche Wohnungsgesellschaften und, wo es möglich ist, auch durch Genossenschaften. Die Förderprogramme stehen allen jungen Menschen, Studierenden und Auszubildenden gleichermaßen offen. Wir fördern die Durchmischung von Azubi- und Studierendenwohnen. Außerdem fördern wir gezielt Werkwohnungen, insbesondere für Azubis und dual Studierende mit langer Zweckbindung und finanzieller Beteiligung der Ausbildungsbetriebe. Wir fördern das Errichten von Gebäuden, die Mehrgenerationenwohnen möglich machen. Die Wohngebäude sollen den sozialen Austausch, zum Beispiel durch einen Sozialraum oder Gemeinschaftsprojekte ermöglichen und sind bedarfsgerecht ausgestattet. In den Wohneinheiten sollen sowohl junge, als auch ältere Menschen ein Zuhause finden können und sich gegenseitig unterstützen.

## **AZUBIWERKE**

Wir setzen uns für mehr Gründungen von Azubiwerken nach Münchener Vorbild ein, überall dort, wo es nachhaltig ist. Für die Gebiete außerhalb der großen Ballungszentren prüfen wir die Errichtung eines Azubiwerks durch den Freistaat Bayern selbst.

## **STUDIARENDENOWNHHEIME**

Wir bauen bezahlbare und öffentlich betriebene Studierendenwohnheime. Denn in München und Würzburg gibt es nicht einmal für jeden zehnten Studierenden einen Platz im Wohnheim. Wir erhöhen in den Universitätsstädten diese Wohnheimquote auf 15%. Bestehende Wohnanlagen dürfen nicht wie derzeit beispielsweise ca. 1.500 Wohneinheiten in der Münchner Studentenstadt als baufällige Gefahrenquelle leer stehen, sondern sie müssen gepflegt, zeitgemäß saniert und bewohnt sein.



## **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Mehr Angebote für Junges Wohnen in Stadt und Land
- Eine Durchmischung von Azubi- und Studierendenwohnen
- Die Gründung von Azubiwerken nach Münchener Vorbild
- Bezahlbare und öffentlich betriebene Studierendenwohnheime

## **BEZAHLBAR WOHNEN IN STADT UND LAND**

Die Nachfrage an Wohnraum in Städten ist trotz Pandemie und den damit einhergehenden Veränderungen in der Arbeitswelt weiterhin hoch. Wir stärken die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur im ganzen Land, um mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land den Druck von den größeren Städten zu nehmen. Dafür braucht es eine nachhaltige Raumentwicklungs- und Regionalplanung sowie enge regionale Kooperationen. Durch ein durchdachtes Mobilitätskonzept ermöglichen wir es allen, außerhalb der großen Städte zu wohnen, ohne auf die Vorteile der Metropolen verzichten zu müssen.

## **BEZAHLBARER WOHNRAUM**

Wir sorgen für ausschließlich neuen bezahlbaren Wohnraum, kein "bauen, bauen, bauen" von Luxuswohnungen. Bezahlbarer Wohnraum entsteht in erster Linie durch die Bautätigkeit staatlicher und insbesondere kommunaler Wohnbaugesellschaften, deren Neugründung wir erleichtern und Privatisierung beenden. Die staatliche Wohnbaugesellschaft BayernHeim wird reformiert und ordentlich aufgestellt und neben den vor Ort in erster Linie tätigen kommunalen Wohnbaugesellschaften sowie eigenen Wohnbaugesellschaften der Landkreise tätig.

## **ARBEITEN IN DER BAUBRANCHE**

Die Arbeitsbedingungen in der Baubranche verbessern und gestalten wir gerechter aus, wir kümmern uns um mehr Tariftreue, mehr Familienverträglichkeit und einen höheren Gesundheits- und Arbeitsschutz. Wir brauchen mehr Diversität in der Baubranche, Diskriminierung und Benachteiligung von FLINTA\*-Personen, wie zum Beispiel bei Lohnunterschieden, bekämpfen wir. Wir fordern die Einhaltung der besseren Arbeitsbedingungen, unter anderem in einem Tariftreue- und Vergabegesetz, ein.

## **GERECHTE WOHNPOLITIK**

Das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes war ein erster Aufschlag zu einer gerechteren Wohnpolitik. Wir setzen die zu seiner Umsetzung notwendigen Verordnungen im Gegensatz zur CSU mit dem Ziel bezahlbaren Wohnens großzügig um. Die BayBO-Reform von 2020 bessern wir nach, damit endlich im gesamten Staatsgebiet schnell und unkompliziert gebaut werden kann, mit einem Fokus auf bezahlbarem Wohnen. Dabei vereinheitlichen und reduzieren wir gerade im urbanen Raum Abstandsfläche, um eine Nachverdichtung auch in großen Städten zu ermöglichen. Den Bauaufsichtsbehörden geben wir im Einvernehmen mit den Gemeinden die Freiheit von einzelnen Bauvorschriften abzuweichen, solange mindestens 60% der zu errichtenden Wohneinheiten langfristig für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden und die Sicherheit für die Bewohner\*innen gewährleistet ist. Barrierefreies Wohnen stellen wir sicher.

## **WOHNEN, ABER SOZIAL**



Mit uns bleibt bezahlbarer Wohnraum bezahlbar. Wir weiten die Förderbindung von Sozialwohnungen auf die maximal mögliche Länge aus. Zudem fördern wir einen Ankauf insbesondere von in absehbarer Zeit aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen durch staatliche und kommunale Wohnbaugesellschaften. Um den Missbrauch von Wohnungen als Ferienwohnung für höhere Renditen zu bekämpfen, verschärfen wir das Zweckentfremdungsgesetz und kämpfen für eine flächendeckende Umsetzung.

Wir verbessern und verschärfen die gesetzliche Grundlage für die Obdachloseneinweisung, unterstützen Kommunen bei der Beherbergung von Obdachlosen finanziell und stellen mehr landeseigene Immobilien hierfür bereit. Mittelfristig schaffen wir mehr Einrichtungen für die Beherbergung von Hilfsbedürftigen.

## **SCHUTZRÄUME AUSWEITEN**

Wir fördern Frauenhäuser finanziell und bauen deren Angebot für eine kurzfristige Unterbringung flächendeckend in ganz Bayern aus. In jedem Landkreis muss künftig mindestens ein Frauenhaus sein. Für Frauen, die eine längerfristige Unterkunft benötigen, unterstützen wir Wohnkonzepte von FLINTA\* WGs und Frauenvereinen.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ausschließlich bezahlbaren neuen Wohnraum
- Verbesserte und gerechtere Arbeitsbedingungen in der Baubranche
- Die Ausweitung der Förderbindung von Sozialwohnungen auf die maximal mögliche Länge
- Förderung des Ankaufs insbesondere von in absehbarer Zeit aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen durch staatliche und kommunale Wohnbaugesellschaften.
- Die Unterstützung von Kommunen bei Hilfeeinrichtungen für obdachlose Personen
- Mindestens ein Frauenhaus für jeden Landkreis

## **KEINE RENDITE MIT DER MIETE!**

Viele Haushalte geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. Miete darf aber kein Armutsfaktor sein! Daher halten wir weiter an der Forderung eines Mietensstopps fest, für den wir uns gemeinsam mit anderen Bundesländern bundesweit einsetzen! Unser Ziel sind möglichst viele bezahlbare Wohnungen für möglichst viele Menschen. Wir schaffen eine sozial gerechte Wohnungspolitik, die bis in die Mitte der Gesellschaft zuerst diejenigen unterstützt, deren Einkommen und Chancen auf eine Wohnung am freien Wohnungsmarkt am geringsten sind. Öffentliche Gelder stocken wir auf und setzen sie vorrangig dort ein, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Genossenschaftliches Wohnen unterstützen und fördern wir im Sinne einer sozial gerechten Wohnungspolitik. Die aktive Förderung von Wohneigentum Privater, durch finanzielle Zuwendungen oder vergünstigte Vergabe von Grundstücken durch den Freistaat Bayern unterstützen wir nicht.

## **UMVERTEILUNG IM PRIVATEN TEIL DES WOHNUNGSMARKTES**

Unser Ziel ist es, im privaten Teil des Wohnungsmarktes eine Umverteilung zu erreichen. Daher unterstützen wir nachrangig zum öffentlichen Eigentum auch den Erwerb ausschließlich als Hauptwohnsitz selbstgenutzten Wohneigentums durch Menschen mit geringerem Eigenkapital auf dem freien Immobilienmarkt. Dafür erhält der Freistaat im Gegenzug ein preislimitiertes Vorkaufsrecht an der Immobilie.



## **WOHNUNGSAUFSICHTSGESETZ UND MIETENSTEUER**

Der Mietvertrag ist von einem starken Machtgefälle geprägt. Wir führen wieder ein Wohnungsaufsichtsgesetz ein und geben den Kommunen so die Befugnis zurück, die Behebung von Mängeln anzuordnen.

Des Weiteren prüfen wir die Einführung einer landesweiten Mietensteuer in Form einer Abgabe auch in Bayern. Je höher die Miete, desto höher die Steuer.

## **KEINE DISKRIMINIERUNG BEI DER VERGABE STAATLICHER WOHNUNGEN**

Auch die Wohnungssuche ist von Alltagsdiskriminierung geplagt. Wir bekämpfen dies durch alle landesrechtlich zulässigen Mittel und prüfen die Errichtung einer Landesdiskriminierungsstelle. Bei der Vergabe staatlicher Wohnungen garantieren wir ein diskriminierungsfreies Verfahren.

## **WOHNRAUMVERSORGUNGSGESETZ**

Wir fordern ein Wohnraumversorgungsgesetz auf Landesebene. Ähnlich dem Berliner Vorbild werden da die Rechtsgrundlagen für die Einführung von Mieter\*innenräten für alle landeseigenen Wohnbauunternehmen sowie Sonderregelungen zum Mieter\*innenschutz erlassen. Dies erfolgt mit dem Ziel, dass Mieter\*innen eine Interessenvertretung bei Neubau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsprogrammen, bei der Quartiersentwicklung sowie bei Gemeinschaftseinrichtungen in den landeseigenen Wohnungsunternehmen gegeben ist.

## **QUARTIERSRÄTE FÜR VERBESSERTE WOHN-SITUATIONEN**

Wir installieren finanziell durch den Freistaat geförderte und unterstützte Quartiersräte, sowohl in der Stadt, als auch auf dem Land. Diese sollen die Wohnsituation und -qualität in den Quartieren verbessern. Das gelingt dadurch, dass die Quartiersrät\*innen öffentliche Beratungen durchführen, um die Belange der Nachbarschaft zu erfahren.

Viele Städte und Gemeinden haben eigene Regelungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens geschaffen. Um einen Wissensaustausch zu erleichtern, bauen wir ein Kompetenzzentrum auf Landesebene auf. Dieses siedeln wir beim Bayerischen Staatsministerium für Wohnen an. Das Kompetenzzentrum soll auch für Mieter\*innen eine Erstberatung anbieten.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Einen bundesweiten Mietestopp
- Eine sozial gerechte Wohnungspolitik
- Umverteilung im privaten Teil des Wohnungsmarktes
- Bekämpfung der Alltagsdiskriminierung bei der Wohnungssuche
- Ein Wohnraumversorgungsgesetz auf Landesebene
- Quartiersräte für verbesserte Wohnsituationen

## **WOHNRAUM IST KEIN SPEKULATIONSOBJEKT!**

Bei der Ausweisung neuen Baulandes erfahren Grundstücke eine erhebliche



Wertsteigerung, die ohne eigene Leistung der Eigentümer\*innen geschieht. Wir schaffen daher eine landesweit einheitliche Regelung entsprechend der von einigen Kommunen bereits angewendeten Modelle (z.B. SoBoN München, Drittelmodelle, Ansiedlungsmodelle).

Um Spekulation mit Bauland zu verhindern, verkürzen wir die Geltungsdauer von Baugenehmigungen auf drei Jahre.

Mit uns wird es eine landesweit flächendeckende Ausdehnung von Erhaltungssatzungsgebieten geben. Außerdem prüfen wir eine landesrechtliche Umsetzung der neuen Wohnungsgemeinnützigkeit. Den Bayerischen Sonderweg bei der neuen Grundsteuer beenden wir und beziehen künftig insbesondere die Höhe der Mieten ein. Das Bayerische Stiftungsgesetz passen wir an, sodass gemeinnützige Stiftungen bei der Verwaltung ihres Immobilienbestandes nicht mehr zur Gewinnerzielung verpflichtet sind.

Weil sich die bayerische Landesbank verspekulierte, beschloss die Staatsregierung, die Wohnungsgesellschaft GBW mit über 30.000 Wohnungen zu privatisieren. Wir finden: Der Staat ist im Vergleich zu renditeorientierten Unternehmen der bessere Vermieter. Wir schöpfen deshalb die Mittel des Grundgesetzes voll aus und setzen uns dafür ein, dass das Mittel der Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne – insbesondere der ehemaligen GBW-Wohnungen – wo immer sinnvoll und möglich zur Anwendung kommt. Mit uns wird der Freistaat Bayern keine Grundstücke mehr privatisieren, sondern höchstens im Erbbaurecht vergeben. Kommunen und Landkreise erhalten zudem die Möglichkeit, Grundstücke vom Freistaat zu vergünstigten Preisen zu erwerben, wenn sie diese selbst nicht weiter veräußern und zum Zwecke bezahlbaren Wohnens nutzen.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Eine landesweit flächendeckende Ausdehnung von Erhaltungssatzungsgebieten
- Ein Ende der Spekulation mit Bauland
- Sinnvolle Anwendung von Mittel der Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne

### **NUR ÖKOLOGISCHES BAUEN HAT ZUKUNFT**

Durch die Förderung von insbesondere Lehm- und Holzbauweisen kann ein großer Teil des Zements eingespart werden. Wir fördern Projekte, die sich mit alternativen Zementherstellungen beschäftigen. Generell sorgen wir dafür, dass beim Bau möglichst viele nachwachsende und recyclebare Rohstoffe verbaut werden. Bei der Planung muss daher der Wärmeschutznachweis, der zur Eingabe gehört, stärker beachtet und kontrolliert werden. Wir setzen der Förderung nicht-nachhaltiger Rohstoffe, insbesondere von Beton, ein Ende.

### **BAULAND**

Neben dem Heizen ist auch die umfangreiche Flächenversiegelung eine große Umweltbelastung. Wir schaffen im Thema Hochhausbau eine neue Sensibilität, die neuere Konzepte entstehen lässt und es uns ermöglicht, flächensparend bezahlbares Wohnen zu schaffen und dabei Rücksicht auf das Stadtbild zu nehmen. Wir regen bei den Kommunen an, künftig die Planung und Genehmigung von Einfamilienhäusern zu vermeiden. Eine weitere Vermeidung von Flächenfraß lässt sich durch die vermehrte Unterstützung von Sanierungen gegenüber Neubauten erreichen. Dabei gibt es mit uns eine bessere Beratung und eine Unterstützung für Sanierungsmaßnahmen, z.B. je nach Baujahr.. Die Sanierungsquote erhöhen wir drastisch. Zudem legen wir einen größeren Fokus auf das Schließen von Baulücken als auf die Neuausweisung von Bauland. Stellplätze für PKWs reduzieren wir durch quartiersbezogene Lösungswege und Mobilitätskonzepte.



## **HEIZEN IN DER ZUKUNFT**

Der größte Emissionsfaktor eines Hauses sind seine Heizkosten. Daher müssen in Zukunft moderne Gebäudedämmung und Fenster genutzt werden. Die bisherigen Anforderungen der nun auslaufenden Förderungen werden hierbei zum neuen Standard. Mit uns ist das Ziel neuer Förderprogramme ein klimaneutrales Haus, wobei wir besondere Förderungen für bezahlbaren Wohnungsbau prüfen. Die energetische Sanierung von älteren Gebäuden fördern wir weiterhin. Bei der Heiztechnik setzen viele Haushalte noch auf Gas- oder Ölheizungen. Diese sind nicht nur klimaschädlich, die verwendeten Rohstoffe werden auch aus Staaten bezogen, von denen wir eine Importunabhängigkeit anstreben. Öl- und Gasheizungen müssen langfristig anderen Alternativen weichen. Dazu setzen wir ein Verbot von einem Verbau in Neubauten und eine geplante Ablösung in Altbauten je nach Baujahr durch. Als Alternativen fördern wir besonders Stromheizungen und insbesondere Luft-Wärmepumpen.

## **SOLAR AUF DEN DÄCHERN**

Mit uns wird es eine Solardachpflicht auf allen Gebäuden ohne Denkmalschutz, zum Betrieb zur Stromgewinnung geben. Es gilt eine Beweislastumkehr, bei der nachgewiesen werden muss, warum keine Solaranlage auf das Dach gebaut werden kann. Dabei sind auch thermische Anlagen zur Warmwassererzeugung zu unterstützen, besonderer Fokus soll aber auf der Stromerzeugung liegen. Hat ein\*e Hausbesitzer\*in keine finanziellen Möglichkeiten zum Bau einer Solaranlage, darf die Kommune das Dach kostenlos nutzen, eine Solaranlage installieren und den erzeugten Strom entweder einspeisen oder vergünstigt an die Hausbesitzer\*in verkaufen.

## **DEM WASSERMANGEL ENTGEGENWIRKEN**

Problemen aufgrund von Wassermangel wirken wir entgegen, indem wir begrünte Dächer umsetzen. Zu diesem Zweck verbieten wir Steingärten oder -dächer und fördern begrünte Fassaden. Dem Wasserverbrauch wirken wir ebenfalls entgegen. Durch den Bau einer Zisterne und dem Verlegen einer vierten Leitung im Haus, kann Regenwasser gesammelt und verwendet werden. Bei Neubauten wird diese sog. Grauwassernutzung deshalb gefördert und langfristig verpflichtend, bei Altbauten soll sie unterstützt werden. Zudem können Kommunen, besonders Städte, durch den Bau von gemeinsamen Speichern für Regenwasser eine Grauwasserverteilung ermöglichen, wo keine eigenen Zisternen in den Häusern verbaut werden können. Bei Mietwohnungen liegen die Kosten für all diese Klimaschutzmaßnahmen bei Vermieter\*innen. Diese Kosten werden nicht auf Mieter\*innen umgelegt.

## **MOBILITÄT UM DEN WOHNORT**

Um der Zersiedelung und Flächenfraß entgegenzuwirken, erwirken wir eine verpflichtende Anbindung von Neubaugebieten an das ÖPNV-Netz. Weiterhin harmonisieren wir die Stellplatzsatzungen bayernweit. Dabei ist die Höchstzahl an Stellplätzen, die eine Kommune fordern kann, begrenzt, um unnötige Abstellplätze zu vermeiden. Außerdem kann die Anzahl der zu bereitstellenden Stellplätze durch Mobilitätskonzepte reduziert werden.

Um die Lebensqualität in Wohnvierteln zu stärken, prüfen wir in geeigneten Quartieren eine Verkehrsberuhigung nach dem Barcelona-Modell. Dabei wird die Verkehrsbelastung gesenkt, indem die Einfahrt nur noch den Bewohner\*innen und deren Gästen vorbehalten ist.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Flächensparend bezahlbares Wohnen schaffen
- Erhöhung der Sanierungsquote
- Neue Förderprogramme für das klimaneutrale Haus



- Solardachpflicht auf allen Gebäuden ohne Denkmalschutz
- Begrünung von Dächern und Fassaden
- Nutzung von Grauwasser und Grauwasserverteilung
- Verpflichtende Anbindung von Neubaugebieten an das ÖPNV-Netz
- Neue Mobilitätskonzepte um Wohngebiete
- Verkehrsberuhigungen in geeigneten Wohnquartieren



# **KAMPF DER ARMUT, DER AUSBEUTUNG UND DEM KAPITALISMUS: DAS ROTE BAYERN ÜBERNEHMEN DIE ARBEITER\*INNEN SELBST**

Seit dem Ende der Finanzkrise und bis zum Beginn der "Corona"-Krise erlebte die deutsche Wirtschaft einen beispiellos langen Aufschwung. Trotz am BIP gemessenen guten Jahren und einer hervorragenden Entwicklung im europäischen Vergleich gelang es – abgesehen von einigen wenigen Regionen – nicht, Vollbeschäftigung herzustellen. Rund 3,5% der Beschäftigten, die die Sockelarbeitslosigkeit ausmachen, fand auch in dieser historisch langen Zeit des Aufschwungs keine Beschäftigung. Dabei geben die reinen Arbeitslosenzahlen nur einen Teil der Realität wieder. Mit 331.591 Unterbeschäftigten 2021 nach Statistiken der Arbeitsagentur und 27% prekär Beschäftigten ist die Lage auf dem bayerischen Arbeitsmarkt schlicht desaströs. Gleichzeitig gibt es einen großen Bedarf an auszuführender Arbeit, der aktuell teilweise nicht gedeckt werden kann. Auch wenn in Deutschland Jugendarbeitslosigkeit kein so stark verbreitetes Phänomen ist wie in anderen Ländern, sind junge Menschen besonders häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen oder betroffen von ungewollter Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverhältnissen. Damit leidet insbesondere unsere Generation unter der Unfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaften, Arbeit an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Genauso sind es Frauen, die branchenspezifisch oder weil sie hauptverantwortlich für Careaufgaben zuständig sind, in prekären Beschäftigungen landen.

## **ARBEIT, GEWERKSCHAFT UND ÖFFENTLICHER DIENST**

In einem Roten Bayern kurbeln wir die Lohnentwicklung an, stärken Flächentarife und gehen gegen die Behinderung von Gewerkschaften und Betriebsräten mit Schwerpunktstaatsanwaltschaften vor. Befristungen, schlechte Bezahlung, unbezahlte Praktika, Überstunden, Leiharbeit - diese Faktoren führen viele junge Menschen in die Resignation statt in die politische Organisierung. Bayern weist mit 22% die höchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer auf und schafft Rekorde, vor allem in Hinblick auf die Altersarmut. Besonders die von Minijobs und Niedriglöhnen geprägten Sektoren der Gastronomie, Tourismus und Landwirtschaft krepeln wir hier auf links. Auch wenn die generelle Einkommensentwicklung in Bayern über die letzten Jahre positiv ausfällt, so wachsen die Lebenshaltungskosten aber eben noch schneller.

Wir setzen uns für konsequente niedrige Arbeitszeiten ein. Dort, wo wir einen direkten Zugriff auf die Arbeitszeit der Menschen haben, setzen wir die 4-Tage-Woche nach isländischem Modell um. Damit wollen wir nicht nur, die persönliche Zufriedenheit der Menschen steigern, sondern auch zeigen, was Politik auch im wirtschaftlichen Leben der Menschen durchsetzen und verbessern kann.

Wir novellieren das Personalvertretungsgesetz. Im Sinne der Beschäftigten stoßen wir folgendes an:

Die Übernahme der Freistellungsregelungen mit einer Vollfreistellung bereits ab 300 Beschäftigten und des Schulungsanspruchs nach

Mitbestimmungsregelungen bei Home-Office, Telearbeit und mobilem Arbeiten, Befristungen sowie im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Mitwirkungsrechte werden wir zu Mitbestimmungsrechten auf. Gleichzeitig führen wir Wirtschaftsausschüsse für öffentliche Unternehmen ein, um eine qualitative Mitbestimmung zu gewährleisten. Wirtschaftsausschüsse sollen Betriebs- und Personalräten einen Überblick über unternehmerische Informationen und Entscheidungen verschaffen. Sie haben eine beratende Funktion in wirtschaftlichen Entscheidungen gegenüber dem Unternehmen.

Rechte des Personalrats, die dem Direktionsrecht der Dienststelle gegenüberstehen, denn





vertrauensvolle Zusammenarbeit bedeutet noch keinen Zwang zur Einigung.

In einem Roten Bayern gilt die Tariftreuevergaberegulung, welche neben der Zeichnung und Umsetzung von Tarifverträgen, auch die generellen Arbeitsbedingungen sowie ökologische Standards in die Vergabebewertung einfließen lässt. Bayern ist bisher das letzte Bundesland, das keine Tariftreuevergaberegulung für öffentliche Aufträge des Freistaats besitzt. Damit weigert sich die Landesregierung, ein besseres Lohnniveau und Mitbestimmungsrechte für viele tausend Beschäftigte durchzusetzen. Wir führen darüber hinaus einen Mindestlohn von 15€ für Aufträge ein, die das Land vergibt, und setzen Betriebsräte voraus, sobald die Betriebsgröße dies zulässt. Wir führen eine Betriebsratspflicht für alle bayerischen Unternehmen und die Pflicht für Unternehmen, sich in einem Arbeitgeberverband zu organisieren, ein.

Wir schaffen die sachgrundlose Befristung in der bayerischen Verwaltung und den landeseigenen Betrieben ab und führen die Übernahmegarantie nach einer Ausbildung ein.

Wir setzen ein Recht auf Weiterbildung auf Landesebene um, vor allem, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Dadurch stärken wir die Resilienz der Beschäftigten vor Umbrüchen, aber ermöglichen auch Bildung und Weiterbildung, ohne die Angst, einen sicheren Job aufgeben zu müssen.

#### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Kampf gegen Union Busting (Behinderung von Gewerkschaftsarbeit)
- eine 4-Tage-Woche nach isländischem Modell
- eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes
- eine Tariftreuevergaberegulung mit ökologischen Standards
- eine Betriebsratspflicht für alle bayerischen Unternehmen



# WIRTSCHAFT, SOZIALES & VERBRAUCHER\*INNENSCHUTZ

Unsere Gesellschaft teilt sich in zwei unterschiedliche Interessengruppen: Kapital und Arbeit. Für uns muss es darum gehen, die Interessen der von Beschäftigung Abhängigen gegen die Kapitalinteressen durchzusetzen und den Kolleg\*innen diesen Widerspruch bewusst zu machen.

Die aktuellen Krisen sind vor allem Krisen der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kapitalismus hat sein Versprechen „ewigen Wachstums und Wohlstands für alle“ nicht gehalten. Das neoliberale Märchen vom „Ende der Geschichte“ ist vorbei, jetzt muss ein grundlegender Kurswechsel vollzogen werden. Das heißt: Die Überwindung des Kapitalismus und die Ausweitung der Demokratie in alle Lebensbereiche.

Generationengerechtigkeit bedeutet für uns eine gute Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten. Unsere Finanzpolitik orientiert sich nicht an reinen Kennzahlen, sondern an maximaler Produktivitätsentfaltung, um vor allem die Klimakrise, aber auch die Folgen von Corona und des russischen Angriffskrieges zu meistern.

In einem Roten Bayern gibt es eine Jobgarantie. Wir fördern diese mit der Finanzierung eines Modellprojekts in Bayern. Wir bringen Menschen, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, raus aus der prekären Arbeit, hin zu sinnvollen und dringend benötigten Tätigkeiten in Vereinen, Kommunen usw.

Wir kollektivieren Schlüsselindustrien und regeln die Verteilung von Arbeitskräften in lokalen Transformationsclustern, die durch die organisierten Beschäftigten geführt werden. Dadurch sichern wir Beschäftigung, Know-how und Lebensstandard. Die Macht wird hin zu den abhängig Beschäftigten verschoben. Denn die Beschäftigten in den Betrieben wissen am besten, wie ein Unternehmen ausgestaltet werden kann, damit die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl dient, wie es in Artikel 151 der Bayerischen Verfassung festgeschrieben ist.

Wir schaffen die Schuldenbremse ab und geben den Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um Zukunftsinvestitionen zu tätigen und ihre Pflicht- und Sozialleistungen zu erfüllen. Ein Rotes Bayern gibt die Blockade gegen die Altschuldenübernahme der Kommunen auf Bundesebene auf und sorgt selbst dafür, dass Kommunen in Transformationsprozessen unterstützt werden.

Wir führen eine Lebensstandardgarantie des Freistaats gegenüber den bayerischen Kommunen ein. Diese Lebensstandardgarantie finanzieren wir mit einem Fonds, der sich aus dem umfassenden Einsparpotenzial der inneren Sicherheit in Bayern speist.

In einem Roten Bayern herrscht der gleiche Lebensstandard in allen Regionen. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik sorgen wir für eine Angleichung des Lebensstandards und der Einkommenssituationen in allen bayerischen Regionen, besonders denen, die fernab von Ballungszentren liegen.

Wir überarbeiten die Kosten-Nutzen-Analyse, die die bisherige Infrastruktur nach kapitalistischer Logik fördert. Wir bauen die Infrastruktur im Sinne des Kollektivs auf, um ungleiche Lebensverhältnisse zwischen Ballungsräumen und ländlichen Räumen in Bayern abzubauen. Wir enteignen privatisierte Infrastruktur und geben diese in die Hand der Menschen.

In einem Roten Bayern gibt es keine Länderschuldenbremse mehr. Außerdem setzen wir uns im Bundesrat für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein, die den Bundesländern zugutekommt. Wir erhöhen den Mindesthebesatz, um einen Wettstreit zwischen den Gebietskörperschaften zu unterbinden. Solange die Schuldenbremse noch nicht ausgesetzt ist, muss der Freistaat mit begrenzten Finanzmitteln auskommen. In dieser Zeit sollen unterentwickelte Wirtschaftsstandorte niedrigere Hebesätze erheben dürfen als andere Regionen.



### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Eine kommunale Jobgarantie für ganz Bayern
- Die Kollektivierung von Schlüsselindustrien
- Eine Lebensstandardgarantie des Freistaats gegenüber den bayerischen Kommunen
- Ein Angleichen der Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Die Enteignung privatisierter Infrastruktur
- Die Aufhebung der Länderschuldenbremse



# **EIN ROTES BAYERN MIT GRÜNEN FELDERN**

Die Landwirtschaft und ihre nachgeordneten Industrien sind entscheidend beim Kampf gegen den Klimawandel und für eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Gleichzeitig muss eine progressive Landwirtschaftspolitik dafür sorgen, dass eine gute Ernährung auch mit den Herausforderungen des Klimawandels sichergestellt werden kann. Unsere Vision ist eine gemeinnützige Landwirtschaft in Bayern, die Boden, Menschen und Tiere wertschätzt und gute Produktionsbedingungen bietet. Grundvoraussetzung dafür ist eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, die aus der kapitalistischen Produktionsweise herausgenommen ist.

## **KEINE SPEKULATION AUF AGRARLAND**

In Deutschland und Bayern gehören agrarferne Investor\*innen zu den größten Besitzer\*innen von Agrarland. Die meisten Landwirt\*innen pachten das Land, welches sie bewirtschaften – es lässt sich eine massive Monopolbildung und Preissteigerung für Agrarflächen beobachten. Diese Entwicklung werden wir durch eine Anpassung des Grundstücksverkehrsgesetzes sowie eines Transparenzregisters aufhalten. Den Verkauf von Agrarland an Nichtlandwirt\*innen sowie an Gesellschaften, die von nicht-landwirtschaftlichem Kapital dominiert sind, verbieten wir. Ausnahmen gelten nur, wenn sie klar dem Umweltschutz dienen. Außerdem wird durch die jährliche Erstellung und Veröffentlichung eines repräsentativen Pachtpreisspiegels mehr Transparenz geschaffen.

## **GESUNDE ERNÄHRUNG IST MENSCHENRECHT**

In einem Roten Bayern sind wir Vorreiter\*innen bei der Ernährung, fördern regionale, ökologische Produktion und wirken auf eine Reduktion des Konsums tierischer Produkte hin. Ein Schlüssel hierbei ist die Gemeinschaftsverpflegung. In den Kantinen des Freistaats Bayern, in Bildungs- und in kommunalen Einrichtungen werden nur regional nach definierten ökologischen Standards produzierte Lebensmittel angeboten. Auch wird die Vergabe von Aufträgen in der Ernährungswirtschaft dem zu schaffenden Tariftreuevergabegesetz unterliegen.

Jedes Jahr landen in Bayern 70 kg Lebensmittel pro Person im Abfall – 44 Prozent wären vermeidbar. Wir setzen uns durch Aufklärung und Initiativen (z.B. "Städte gegen Food Waste") aktiv gegen Lebensmittelverschwendung ein. Lebensmittel, die sonst nicht mehr verwendet werden können, werden auf ihre Eignung als Tierfutter, Kompostierbarkeit oder Verwendung in Biogasanlagen geprüft.

Unsere Ernährung darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne unterworfen sein. Deshalb werden wir die konsequente Vergesellschaftung und Demokratisierung der Supermarktkonzerne vorantreiben, damit wir gemeinsam darüber entscheiden können, was und zu welchen Preisen verkauft wird und wie sie produziert werden.

## **TREIBHAUSGASEMISSIONEN AUS DER LANDWIRTSCHAFT REDUZIEREN**

Wir werden konsequent bayerische Moore bewässern und wieder zu dem natürlichen CO<sub>2</sub> Speicher machen, der sie sein sollen. Wir fördern den Ökolandbau und bauen ihn weiter aus. Die Forschung zu Digitalisierung und neuen Technologien, die Emissionen verringern können, fördern wir und machen die Produkte in der Breite verfügbar. Eine Eiweißpflanzstrategie soll regionale Alternativen zum Fleischkonsum fördern.

Für uns ist klar, dass regionale und gut produzierte Lebensmittel für alle zur Verfügung stehen müssen. Die starke Konzentration der Macht beim Einzelhandel sorgt für eine schwierige Situation der Landwirt\*innen in Bayern. Wir setzen einen Ausbau von Plattformen zur Vermarktung regionaler Lebensmittel in Zusammenarbeit mit Landwirt\*innen um, die sich auch in größerem Maßstab durchsetzen können.



Landwirt\*innen in Bayern sind verpflichtet, ihre Mitarbeitenden nach dem Tarifabschluss Landwirtschaft zu bezahlen. Zusätzlich müssen sie die Gewinne, die sie durch solche Plattformen erwirtschaften, anteilig an ihre Mitarbeitenden auszahlen. Auch die genossenschaftliche Produktion von Lebensmitteln ist ein essentieller Teil der zukünftigen Landwirtschaft in Bayern.

## **BIODIVERSITÄT STATT MONOKULTUREN**

Wir begrenzen den Anteil eingesetzter Energiepflanzen bei der Strom-, Biogas- und Treibstoffproduktion. Eine Konkurrenzsituation Tank vs. Teller muss vermieden werden. Biogas soll nur noch aus nicht verwertbaren Resten produziert werden. Auf dem Weg dorthin kann als Vorbild Dänemark dienen - Biogasproduktion aus Gülle wird dort gefördert und die erlaubte Obergrenze für Energiepflanzen als Substrat kontinuierlich abgesenkt.

## **GESUNDE WÄLDER**

Wir brauchen klimaanpassungsfähige, naturnahe, nachhaltig bewirtschaftete Mischwälder, die das Risiko großflächiger Waldschäden mindern und auch in Zukunft weiterhin Kohlenstoff binden. Der Wald muss als regionaler Akteur der Energiewende besser genutzt werden. Das kann zum Beispiel durch eine Kaskadennutzung von Holz gekoppelt mit einer Holzbauoffensive erreicht werden. Außerdem sollen Gewinne aus den bayerischen Forsten auch für einen entsprechenden Umbau genutzt und nicht mehr abgeführt werden.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Das Verkaufsverbot von Agrarland an Nicht- und Schein-Landwirtschaften
- Jährliche Veröffentlichung des Pachtpreisspiegels
- Tariftreuevergabe von Aufträgen in der Ernährungswirtschaft
- Vergesellschaftung von Supermarktkonzernen
- Ausbau der Plattformen zur Vermarktung regionaler Lebensmittel



# **DIE LETZTE CHANCE, DIE KLIMAKATASTROPHE ABZUWENDEN**

Wir schaffen ein Bayern, in dem Klimaschutz eine zentrale Rolle spielt. In Zeiten der Klimakrise müssen die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Soziales, Ökologie und Ökonomie - Grundlage für jedes Handeln sein. Wir steuern auf eine globale Erwärmung von drei Grad zu. Damit die Klimakrise noch eingedämmt werden kann, müssen wir überall anpacken.

## **WIDER DER KLIMAKATASTROPHE!**

Wir investieren massiv in Erneuerbare Energien. Das ist von grundlegender Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele. Gerade wir in Bayern sind als flächengrößtes Bundesland in einer hervorgehobenen Verantwortung. Doch gerade bei Windkraft sträubt sich die jetzige Landesregierung! Bis 2030 müssen 20% des bayerischen Energieverbrauchs allein durch Windkraft erzeugt werden. Bis 2040 müssen es schon 30% sein. Es braucht jetzt 3.000 neue Windkraftanlagen, um die 2%-Flächenregelung für Windkraft der Bundesregierung zu erreichen. Wir schaffen ein Bayern, in dem die 10H-Regelung der aktuellen Landesregierung fällt!

Auch andere Erneuerbare Energien, insbesondere die Photovoltaik (PV), fördern wir stärker. Die steuerliche Behandlung des Betriebs von PV-Anlagen und der Weiterbetrieb von PV-Anlagen nach Ende der Förderung vereinfachen wir und ermöglichen sie unbürokratisch. Ebenfalls erhöhen die Einspeisevergütung von PV-Anlagen deutlich. In Bayern führen wir den PV-Ausbau für alle gewerblichen, Nicht-Wohn-Neubauten, Neubauten und Dachsanierungen verpflichtend ein, vor allem mit dem Fokus auf besonders effiziente Dächer. Wir passen die Richtung und Geschwindigkeit der Transformation dem übergeordneten Ziel, die Klimaneutralität bis spätestens 2035 zu erreichen an. Klimagerechtigkeit jetzt!

## **GENOSS\*INNENSCHAFT ALS RÜCKGRAT DER ENERGIEWENDE**

Mit uns erhalten die Menschen in Bayern die Möglichkeit, in öffentliche Windkraft und Solarenergie zu investieren und dann von ihren Gewinnen zu profitieren.

Ansätze wie Bürger\*innenwerke, Energiegenoss\*innenschaften und Mieter\*innenstrommodelle fördern wir massiv. Die Rahmenbedingungen werden verbessert und die Gründung vereinfacht. Mit Dächer-Pachtmodellen durch Stadtwerke wird das Potenzial an privaten Dachflächen für die Allgemeinheit genutzt. Hier werden zentrale Anlaufstellen eingerichtet, damit sich alle in Bayern niedrigschwellig über Energieberatung informieren können. Unser Ziel lautet: Wir organisieren die Energiewende so dezentral wie möglich. Die Vergesellschaftung von Energiekonzernen spielt entsprechend auch eine entscheidende Bedeutung für die Energiewende.

## **UND ES WIRD NOCH HEISSER...**

Die ersten Folgen des Klimawandels sind bereits in den Hitzewellen seit 2018 sichtbar geworden und alles deutet darauf hin, dass es noch verheerender in den kommenden Jahren wird. Wir dürfen daher keine Zeit mehr verlieren und müssen uns bereits auf den Sommer 2023 vorbereiten! Bayern muss eine zentrale Koordinierungsstelle für Hitze und Extremwetter installieren. Dazu werden wir unverzüglich einen Maßnahmenkatalog mit verschiedenen Warnstufen, wie Kommunen bei Hitze reagieren müssen, aufsetzen. Das soll sich unter anderem am Beispiel von Bordeaux, Frankreich, orientieren. Zudem wollen wir, dass noch dieses Jahr jede Kommune durch Pflichtaufgabe nach Weisung ein daran anknüpfendes, kommunal angepasstes Hitze- und Extremwetterschutzkonzept entwickelt.

Wir stellen im Freistaat großzügig finanzielle Mittel für die Umsetzung der Konzepte bereit, um die Bevölkerung vor den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu schützen. Wir sind der Überzeugung: Der Schutz vor den Folgen des Klimawandels ist keine individuelle Frage! Diejenigen, die sich locker mal ein neues Häuschen in einer



sicheren Umgebung kaufen können, fordern wir zur Kasse.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- 3000 neue Windkraftanlagen für Bayern
- 10h Regelung für Windkraftanlagen fällt komplett
- PV-Anlagen verpflichtend auf allen Dächern
- Klimaneutralität bis spätestens 2035
- Genossenschaftliche Energieversorgung
- Einen bayernweiten Maßnahmenkatalog gegen Hitze und Extremwetter
- Ein Hitzeschutzkonzept für jede Kommune

### **UMWELT UND NATURSCHUTZ #STEIGIBLEIBT**

In einem Roten Bayern tun wir alles für den Erhalt unserer natürlichen Wälder. Als Teil des Bündnisses #steigibleibt setzen wir uns als Jusos dabei explizit für die Belange des Steigerwalds ein. Es braucht ein sofortiges Fällmoratorium, ein Großschutzgebiet im Nationalparksuchgebiet und einen Nationalpark Nordsteigerwald!

### **EIN WASSERPLAN FÜR BAYERN**

In weiten Teilen Bayerns liegt das Grundwasser sehr niedrig oder sogar zu niedrig. Wasser wird zur knappen Ressource, umso wichtiger ist es, dass es gerecht verteilt wird. Wasser muss zum Grundrecht werden und in öffentlicher Hand liegen, damit allen der Zugang gewährleistet werden kann und nicht durch Privatisierungen den Unternehmen vorbehalten wird. Wir erarbeiten eine Strategie zum Grundwassererhalt. Wir unterbinden die Verschwendung von Trinkwasser und wirken auf eine nachhaltige Nutzung in allen Bereichen hin.

### **VON DER ABFALL- ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT**

Unsere Gesellschaft und Wirtschaft haben ein Abfallproblem. In einem Roten Bayern schaffen wir Anreize, Abfall zu vermeiden und sanktionieren endlich Verstöße konsequent. Wo Abfall nicht vermieden werden kann, müssen die enthaltenen Wertstoffe wiederverwendet werden. Wir werden in Bayern unsere Gesellschaft und Wirtschaft von einer Abfall- hin zu einer Kreislaufwirtschaft wandeln. Das bedeutet, dass nicht mehr benötigte Materialien, die sonst im Müll landen würden, weiter verwertet oder recycelt werden. Dafür braucht es ein einheitliches Vorgehen zur Analyse der Abfälle. Wir fordern daher eine Richtlinie zur Abfallanalytik in Bayern, damit wir den Weg in eine abfallfreie Gesellschaft bestreiten können. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot von Müllexporten in den globalen Süden ein.

### **WENIGER FLÄCHENVERBRAUCH - MEHR PLATZ FÜR DIE NATUR!**

Wir wollen ein Bayern, dass mit seiner Fläche nachhaltig umgeht. Denn als eines der größten Umweltprobleme in Bayern gilt der Flächenverbrauch. Darunter fällt die Umwandlung von landwirtschaftlichen und naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen. Aktuell werden in Bayern etwa die Fläche von 17 Fußballfeldern versiegelt - pro Tag. Wir fordern daher einen bewussten Umgang mit Flächen und eine gesetzliche Begrenzung des Flächenverbrauchs. Insbesondere den Bau neuer Straßen lehnen wir ab.



## **ÖKOLOGISCHE AUFWERTUNG DURCH GRÜNSTREIFEN**

In einem Roten Bayern gibt es deutlich mehr Grünstreifen. Durch gebietsheimische, insektenfreundliche Blümmischungen passen sich die entstehenden Blühflächen an die Vegetation der Umwelt an und tragen somit zur Stärkung des Biotopverbunds und der Artenvielfalt bei. Diese legen wir beispielsweise entlang von Landes- und Bundesfernstraßen als auch auf Parkplätzen oder Dächern an. Die bestehende Rechtspflicht zu ökologischen Blühstreifen am Rand von Feldern und Äckern wird in Bayern nicht ausgesetzt.

## **MITEINANDER STATT GEGENEINANDER**

Wir sind Teil der Wolf-Gang. Bayern zählt als potenzieller Rückkehrort für Wildtiere wie dem Luchs, dem Wolf und dem Bären. Wir entwickeln Konzepte, die das Zusammenleben von Menschen und Wildtieren regeln. Diese sogenannten Managementpläne enthalten Regelungen, wie sich Behörden den Erhalt des Wolfs vorstellen, wie Konflikte vorbeugend begegnet werden kann und wie entstandene Probleme bewältigt werden können. Dabei spielen für uns das Sichern der Tierpopulationen, aber auch die Akzeptanz der Gesellschaft eine zentrale Rolle. Wichtig ist auch der Ausbau von zusammenhängenden Rückzugsorten, weshalb wir die Schaffung und Erweiterung von Naturschutzgebieten und Nationalparks im gesamten Freistaat vorantreiben.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Den Erhalt natürlicher Wälder
- Einen Wasserplan für alle
- Eine Kreislaufwirtschaft statt einer Abfallwirtschaft
- Das Ende von Müllexporten in den globalen Süden
- Mehr Platz für die Natur
- Mehr Grünstreifen, überall
- Rückkehrprogramm für Wildtiere





# **FEMINISMUS BEDEUTET WIDERSTAND**

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland illegal und lediglich unter bestimmten Umständen straffrei. Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. In einem roten Bayern gehören Schwangerschaftsabbrüche zur Grundversorgung. In einem Roten Bayern sind Gleichstellung und Feminismus die Grundlage für jedes politische Handeln. Als feministischer Richtungsverband legen wir hierauf einen besonderen Fokus. Dabei begreifen wir Geschlecht nicht als rein biologische Tatsache, sondern als sozial geformtes Konstrukt. Aus diesem Grund verwenden wir als Jusos Bayern den Begriff FLINTA\* (Frauen, Lesben, Inter\*, Non-Binary, Trans\* und Agender), wenn wir feministische Forderungen aufstellen. Dieser Begriff ist weitgehender und besser geeignet, um die Gesamtheit der in Bayern gelebten Wirklichkeit abzubilden.

Gleichstellung und Feminismus sind nicht nur ein einzelnes Thema, sondern umfassen alle Bereiche von Politik und Gesellschaft: von der Bildung über die Pflege, den öffentlichen Raum, die Gesundheitsvorsorge und das Arbeitsleben. Deshalb fordern wir für ein Rotes Bayern, diese Barrieren aufzubrechen und ein Bewusstsein für die Gleichstellung zu schaffen.

## **SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE**

Der Freistaat Bayern wird künftig eine flächendeckende Versorgung in Stadt und Land bei der Beratung und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zur Verfügung stellen. Die Beratungsstellen müssen ergebnisoffen beraten, konfessionelle Stellen dürfen nicht in den Versorgungsschlüssel mit einbezogen werden. Insgesamt werden wir die Beratungsinfrastruktur für Schwangerschaftsabbrüche und Familienplanung massiv ausbauen. Alle öffentlichen Krankenhäuser in Bayern müssen ihrem Versorgungsauftrag nachkommen und Schwangerschaftsabbrüche gewährleisten. Wir streichen das bayerische Schwangerschaftshilfeergänzungsgesetz, denn dieses stellt eine weitere Hürde dar, die die Versorgungslage aktuell weiter verschlechtert.

Schwangerschaftsabbrüche haben in den Fächern Ethik und Religion nichts zu suchen und müssen aus den Lehrplänen dieser Fächer gestrichen werden. Des Weiteren schaffen wir den sogenannten "Aktionstag für das Leben" ab. Hierbei handelt es sich um einen Aktionstag, der jährlich an weiterführenden Schulen durchgeführt werden soll und die Notwendigkeit von Werten, die selbstredend gegen Schwangerschaftsabbrüche sind, vermitteln soll.

## **GENDERGERECHE SPRACHE**

Sprache ist lebendig und einem ständigen Wandel unterworfen. In einem Roten Bayern gendern wir selbstverständlich und uns ist wichtig, mit unserer Sprache alle Menschen anzusprechen. Eine Verpflichtung zum Gendern im Privaten fordern wir nicht. Ob eine Person gendert oder nicht ist ihr selbst überlassen, deshalb gibt es keinen Zwang dazu, gleichzeitig darf es aber auch kein Verbot geben. Für Behörden muss gelten, dass diese alle Menschen ansprechen. Deshalb werden wir eine Dienstanweisung durchsetzen, die Behörden in ihrer öffentlichen Kommunikation zum Gendern verpflichtet. Für uns ist auch klar, dass Schüler\*innen, Studierenden, Auszubildenden etc. kein Nachteil daraus entstehen darf, wenn sie in Prüfungsleistungen gendern. Wir sind überzeugt davon, dass geschlechtergerechte Sprache wichtig ist, deswegen werden wir weiterhin Aufklärungsarbeit leisten und hoffen darauf, dass unsere Argumente weitere Menschen überzeugen.

## **SEXISTISCHE WERBUNG**

Sexualisierte Frauen, unrealistische Schönheitsideale und sexuelle Anspielungen sind auch in Bayern immer noch Standard in der Werbung. Ein sexismusfreies Bayern ist unser Ziel, deshalb fordern wir, dass sexistische Werbung verboten wird.

## **WE ARE HERE & WE ARE QUEER! HASSKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN**



Queere Menschen in Bayern begegnen Hass und Exklusion in allen Ecken Bayerns. Egal ob auf dem Schulhof, am Arbeitsplatz oder in der Familie: die Stigmatisierung ist überall sichtbar und Unterstützung gibt es im heteronormativen Staat selten. Ein Rotes Bayern bekämpft Hasskriminalität gegenüber queeren Menschen entschlossen. Dazu ist eine unabhängige Expert\*innenkommission zur Erfassung von Hassverbrechen in Bayern notwendig. Diese muss die Forschungslücke zu queerfeindlicher Kriminalität durch die Bereitstellung von dauerhaften Finanzmitteln für Genderstudien schließen. Institutionelle Diskriminierung muss durch Schulungen bekämpft werden. Wir fordern Verbesserungen der Ausbildung und eine Stelle für unabhängige Entwicklungen innerhalb von Polizei und Justiz. Außerdem müssen sichere Orte für von Gewalt betroffene queere Menschen, analog zum Modell der Frauenhäuser, geschaffen werden.

## **BAYERISCHER AKTIONSPLAN GEGEN QUEERFEINDLICHKEIT**

Es ist ein Armutszeugnis, dass Bayern das einzige Land ist, das noch immer keinen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit vorweisen kann. In einem Roten Bayern werden wir diesen unverzüglich entwickeln und queere Expert\*innen dauerhaft an seiner Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Aufnahme der Gleichberechtigung und der staatlichen Pflicht, queere Menschen zu schützen in die Landesverfassung muss ebenso wie ein Schutz vor Diskriminierung in der Schule, am Arbeitsplatz und im Gesundheitswesen dort an erster Stelle stehen.

## **QUEERE JUGENDARBEIT IN JEDEM DORF!**

Wir fordern die Schaffung von mindestens einer Vollzeitstelle für queere Jugendarbeit in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt. Diese Stelle soll in Kooperation mit lokalen queeren Verbänden, sofern vorhanden, besetzt werden. Sie soll sich dem Aufbau queerer Jugendtreffs und Bildungsarbeit an Schulen widmen und Empowerment für junge queere Menschen vor allem in peripheren Regionen leisten.

## **GENDER BUDGETING**

In einem roten Bayern werden wir Haushaltsgelder so verteilen, dass keine Bevorzugung eines Geschlechts stattfindet. Die öffentlichen Ausgaben haben ganz konkrete Folgen für das Leben der Menschen in Bayern, hierbei darf kein Ungleichgewicht zugunsten von Männern entstehen. Deshalb fordern wir, dass die Haushaltspläne des Freistaats Bayerns anhand von Gender Budgeting aufgestellt werden. Konkret heißt das, dass bei den Haushaltsplänen deren Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet werden und Ausgaben des Freistaates Bayern kein Geschlecht bevorzugen, indem mehr Geld für Vorhaben ausgegeben wird, von denen primär Männer profitieren.

Um Menstruationsarmut zu verhindern, sollen in Bayern Menstruationsartikel kostenfrei in allen Schultoiletten, Krankenhäusern, öffentlichen Gebäuden sowie Toiletten zur Verfügung stehen.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Flächendeckende Beratung und Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen
- Hasskriminalität gegen queere Personen bekämpfen
- Sexistische Werbung verbieten
- Frei zugängliche und kostenfreie Menstruationsartikel
- Gender Budgeting



# DER SCHLAGSTOCKPOLITIK EIN ENDE

## SICHERHEITSVERSTÄNDNIS

Wir denken Sicherheit ganzheitlich und erkennen, dass Kriminalität ein Symptom von Ungleichheit sein kann. Arme Menschen sind dabei besonders von Strafverfolgung betroffen, wohingegen Wirtschaftskriminalität als Straftat der Reichen nicht ausreichend verfolgt wird. Sicher müssen alle sein, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Beruf, Aufenthaltsstatus, Alter oder auch Religion. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle Bürger\*innen Bayerns.

## POLIZEI UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Um die Polizei reformieren zu können, müssen wir sie kritisch und konsequent hinterfragen. Dazu gehört, dass in eskalativen Situationen deeskalierend eingegriffen wird, etwa durch psychosoziale Interventionsdienste. Gerade zur allgemeinen Prävention von Straftaten sollen vor allem Sozialarbeiter\*innen herangezogen werden. Die Polizei soll höchstens unterstützend agieren.

Die Polizei handelt nach dem Polizeiaufgabengesetz. Dies ist in seiner verfassungswidrigen Form nicht länger haltbar und muss sofort zurückgenommen werden. Wir werden das bayerische Polizeirecht nach demokratischen Prinzipien und unter Berücksichtigung einer grundsätzlichen Unschuldsvermutung neu aufstellen.

In den letzten Jahren wurde registriert, dass in den bayerischen Sicherheitsbehörden auch Personen tätig sind, die klar dem radikal rechten Spektrum zuzuordnen sind. Diese sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck rechter Strukturen. In diesem sensiblen Bereich muss jede rechte Gesinnung konsequent zur Entlassung aus dem Dienst führen.

Den Korpsgeist innerhalb der Sicherheitsbehörden, also die Deckung von Kolleg\*innen, werden wir unterbinden. Dafür braucht es unabhängige, anonyme Beschwerdestellen mit Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnissen, damit Straftaten von Polizist\*innen konsequent verfolgt werden. Wir fordern außerdem eine\*n Polizeibeauftragte\*n beim Bayerischen Landtag nach dem Vorbild des\*r Wehrbeauftragte\*n.

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind und bleiben Aufgabe des Staates und seiner Beamt\*innen. Lücken werden wir schließen. Privat organisierte Sicherheitswachen lehnen wir ab. Wir schaffen eine Polizei mit gut ausgebildeten Beamt\*innen, Sozialkompetenz und guten Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir eine langfristige Strategie zur Einstellung und Ausbildung von Polizist\*innen, einen Personalschlüssel anhand des tatsächlichen Bedarfs und familienfreundliche Dienstzeitmodelle.

Racial Profiling durch die Polizei muss unmöglich gemacht werden. Dafür wird ein verpflichtendes System zur Dokumentation von Kontrollen eingeführt. Ort, Zeit, Anlass und auf Verlangen persönliche Merkmale werden festgehalten. Diese Daten ermöglichen wissenschaftliche und belastbare Analysen. Wir fordern zudem darüber hinausgehende unabhängige Studien. Diskriminierungskritische Kompetenzen müssen während der Ausbildung und auch danach, während des Berufslebens bayrischer Polizist\*innen regelmäßig geschult werden. Diese Kompetenzen müssen mindestens gleichwertig mit anderen Faktoren sein, wenn es z.B. um Einstellung und Beförderungen geht. Fortbildungen nach der Ausbildung in diesem Bereich werden zur Pflicht. Sogenannte "anlasslose Kontrollen" schaffen wir ab.

Der Verfassungsschutz, insbesondere das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, muss in seiner bestehenden Form abgeschafft werden. Es braucht stattdessen ein Institut, das rechte und islamistische Gefährdungen der Demokratie effektiv, auf antifaschistischer und wissenschaftlicher Basis unter Auswertung öffentlicher Quellen betrachtet. Die Hufeisen- und Extremismustheorie als Arbeitsgrundlage schaffen wir unverzüglich ab. Wir beenden die Kriminalisierung linker Gruppen und ihre Gleichsetzung mit rechtsradikalem Gedankengut. Unsere Demokratiearbeit ist Antifa-Arbeit!



## **JUSTIZ UND STRAFVOLLZUG**

Das deutsche Rechtssystem ist veraltet, es herrscht großer Reformbedarf. Das betrifft nicht nur den Umgang mit Strafgefangenen, Jugendlichen und Justizbeschäftigten selbst, sondern auch etwa die (digitale) Ausstattung oder den Personalstand.

Für menschenwürdige Gefängnisse! Das Budget für unsere Gefängnisse wird seit Jahren systematisch gekürzt. Dies führt zu veralteten Gebäuden, fehlende, aber dringend benötigte Stellen von Sozialarbeiter\*innen und im Justizvollzug und somit eine hohe Rückfallquote bei Ex-Häftlingen aufgrund von mangelnden Resozialisierungsmaßnahmen.

Dies lehnen wir ab und muss somit dringend geändert werden. Wir stehen klar für die Resozialisierung im Strafvollzug. Dazu gehört für uns, dass niemand im Gefängnis zur Arbeit gezwungen wird. Für die freiwillige Arbeit fordern wir Mindestlohn.

Weg mit der Schlagstock-Politik der CSU! Vor allem junge Menschen werden in Bayern schnell hart bestraft. Wir wollen stattdessen einen Fokus auf Deeskalation und eine umfassende Änderung des bayerischen Polizeigesetzes.

Das Strafrecht soll nur zum Einsatz kommen, wo es nötig ist. Cannabis gehört nicht dazu - bis zur Legalisierung sollen in Bayern Strafverfahren wegen Cannabis-Besitz eingestellt werden. Auch bei anderen Drogen sprechen wir uns gegen eine harte Strafverfolgung aus.

Statt harter Strafen brauchen wir eine besser ausgestattete Justiz. Bei der Einstellung von Justizbeamt\*innen sollen nicht nur der Notendurchschnitt, sondern auch soziale Kompetenzen und besondere Fähigkeiten und Qualifikationen entscheiden. Staatsanwält\*innen und Richter\*innen sollen entsprechend ihrer Stärken in den jeweiligen Fachbereichen eingesetzt werden. Zudem braucht es eine Reform des Jurastudiums. Diskriminierungskritische Kompetenzen müssen in der Bayrischen Justiz während der Ausbildung und auch danach, während des Berufslebens, regelmäßig geschult werden. Diese Kompetenzen müssen mindestens gleichwertig mit anderen Faktoren sein, wenn es z.B. um Einstellung und Beförderungen geht. Wir fordern die digitalisierte Justiz.

Die Arbeitsbedingungen in der Justiz müssen verbessert werden. Dabei verbessern wir den Personalschlüssel, um die Überlastung zu beenden.

## **FEUERWEHR, KATASTROPHENSCHUTZ, RETTUNGSDIENST**

Wir brauchen Feuerwehren, die den derzeitigen Ansprüchen gerecht werden und in das aktuelle Gesellschaftsbild passen.

Sie müssen attraktiver werden und alle gesellschaftlichen Gruppen erreichen. Wir fordern wissenschaftsbasierte Konzepte zur Gewinnung von Personen mit Migrationshintergrund und die Überarbeitung der bisherigen Konzepte zur Gewinnung von FLINTA\*s.

Durch das Verteilen von Wissen und Aufgaben auf mehr Schultern nimmt die Belastung Einzelner bei den freiwilligen Feuerwehren ab. Wir fordern dort flachere Hierarchien!

Wir fordern eine Feuerwehrrente nach Thüringer oder Hessischem Modell.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu garantieren, führen wir Betreuungsangebote während Übungen und besondere Angebote für Bedienstete sowie entsprechende Informationskampagnen ein.

Die Kommunen müssen mit Unterstützung des Freistaats die Aus- und Fortbildung sowie die Ausrüstung aller Feuerwehren an die heutigen Herausforderungen anpassen. Dazu zählt der Fokus auf Waldbrände und Starkregenereignisse. Der Fuhrpark muss elektrifiziert werden. Zudem bauen wir das Angebot der Feuerweherschulen für eine bedarfs- und interessengerechte Ausbildung für alle Personen aus. Wir benötigen eine



weitere Digitalisierung in allen Bereichen der Feuerwehr und die dazu entsprechende IT-Ausstattung.

Bayern braucht ein effektives Konzept, um mehr Personen für den Rettungsdienst zu gewinnen. Das First-Responder-Konzept unterstützen wir materiell und finanziell. Wir fordern eine Unterstützung der Landkreise beim Erstellen von Plänen und Prozessen für regional begünstigte Katastrophenfälle. Diese Pläne müssen auch den Aufbau einer effektiven Warninfrastruktur beinhalten. Arbeitgeber müssen bei Ausrufung des Katastrophenfalls und bei Hilfsleistungskontingenten verpflichtend freistellen.

**Für ein rotes Bayern fordern wir:**

- Sofortige Rücknahme des Polizeiaufgabengesetzes
- Unabhängige Beschwerdestelle für die Polizei
- Verfassungsschutz abschaffen
- Menschenwürdige Gefängnisse
- Moderne Feuerwehren und Rettungsdienste



# DEMOKRATIE STEHT AN ERSTER STELLE

## JUSOS IN DIE PARLAMENTE - WAS DAS BEDEUTET

Ob die Kandidatur einer Person unter 35 Jahren eine offizielle Juso-Kandidatur ist, bemessen unsere Bezirksverbände anhand der Bereitschaft, die in diesem Wahlprogramm dargelegten Werte und Ziele zu vertreten und im Landtag einzufordern.

Grundsätzlich halten wir fest: Ein Rotes Bayern kann es nur in einer progressiven Koalition geben. Die Unterstützung einer Koalition mit der CSU ist eine rote Linie, die unsere Juso-Kandidierenden sowie Mandatsträger\*innen nicht überschreiten dürfen. Ebenso betonen wir unsere Verweigerung des Dialogs, beispielsweise auf Podiumsdiskussionen, mit Kandidierenden offen rechtsradikaler Parteien, hier gehört die Alternative für Deutschland ausdrücklich dazu.

Landtagsabgeordneten der Jusos geben wir den Auftrag mit, sich während ihrer Amtszeit nicht aus unserem Verband zurückzuziehen, sondern sich aktiv am Diskurs zu beteiligen. Sie müssen dieses Wahlprogramm aktiv umsetzen und in der SPD-Fraktion im Landtag für die Idee des Roten Bayern werben. Bei Vorschlägen, die dem Juso-Grundverständnis fundamental widerstreben, müssen Juso-Abgeordnete auch gegen die Fraktion stimmen. Wir kämpfen für Mehrheiten auf der Straße gleichermaßen wie in Fraktion und Parlament! Daher ist der regelmäßige Austausch unserer Mandatsträger\*innen mit den sozialen Bewegungen auf der Straße und Bündnispartner\*innen, wie den Gewerkschaften, essentiell. Auch wir als Verband werden dafür arbeiten, unsere Abgeordneten an passenden Stellen einzubinden und immer wieder den Dialog, auch auf Vorstandsebenen, zu suchen. Wir werden all das besser machen, was wir an der SPD kritisieren und aktiv für Demokratie und Sozialismus, gerade auch im Parlament, einstecken!

## DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Im sozialistischen Bayern werden wir jeden Lebensbereich demokratisieren und alle Menschen dazu ermächtigen, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Dies gilt im Arbeitsleben, in Schule, Hochschule, im Kulturzentrum, in der Kommune sowie im eigenen Wohnhaus: jeweils demokratisch gewählte Räte und Versammlungen übernehmen die Macht!

Als Jugendverband ist es uns besonders wichtig, in einem Roten Bayern eine Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Augenhöhe zu ermöglichen, statt sie zu bevormunden oder gar als Lückenfüller für gesellschaftliche Probleme auszunutzen. Dazu setzen wir einen Jugendcheck für alle Gesetzesvorhaben und rückwirkend auf die bayerische Gesetzgebung durch. Die Jugend und die nächsten Generationen müssen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

## PARITÄTISCHE WAHLVORSCHLÄGE

FLINTA\*s in die Parlamente. Ein Rotes Bayern kann mehr als nur Politik für Männer. Dass unsere Gesellschaft und Lebensrealität vor allem an die Bedürfnisse von Männern angepasst sind, zeigt sich in Bayern deutlich. Wir fordern deshalb: Mehr FLINTA\*s in die Parlamente! Hierzu werden wir paritätische Wahlvorschläge der Parteien durchsetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

## EIN WAHLRECHT, DAS WIRKLICH DEMOKRATISCH IST!

Wir setzen ein Wahlrecht ab 14 Jahren um. Ebenso arbeiten wir darauf hin, dass alle Personen mit Wohnsitz in Bayern stimmberechtigt sind, unabhängig von ihrer Nationalität. Wir schaffen das Mindestalter für das Amt des\*der Ministerpräsident\*in ab.

## BETEILIGUNG UND TRANSPARENZ



Für Volksentscheide setzen wir die Pflicht zur Offenlegung der Kampagnenfinanzierung durch. Ebenso fordern wir hierbei eine Mindestwahlbeteiligung, damit das Ergebnis Legitimität erhält. Wir setzen uns dafür ein, dass Wahlumfragen immer eingeordnet und Prognosen als solche gekennzeichnet werden. Wir führen ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern um. Allen muss ein leichter und umfassender Zugriff auf Akten der Behörden des Landes ermöglicht werden. Das fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und bietet sicheres Datenmaterial für die Menschen in Bayern, welches etwa für Bürger\*inneninitiativen genutzt werden kann.

## **KORRUPTION**

Wir erarbeiten einen Aktionsplan gegen Korruption in Bayern. Es muss wieder garantiert werden, dass Regierungsentscheidungen zum Wohle der Bevölkerung getroffen werden. Überdimensionale Gewinne für Unternehmen und absurde Vermittlungsprämien zeugen von einem fatalen Selbstverständnis einiger Politiker\*innen in Bayern. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben! Dazu braucht es niedrigschwellige und anonyme Meldewege für Korruptionsverdachtsfälle.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Ein Wahlrecht ab 14 Jahren
- Jugendcheck bei Gesetzgebungen
- Ein Informationsfreiheitsgesetz
- Einen Aktionsplan gegen Korruption



# **NIEDER MIT FASCHISMUS - ZERSCHLAGEN WIR RECHTE NETZWERKE**

Wir verteidigen die Demokratie. Deshalb ist der antifaschistische Kampf Pflicht für alle Demokrat\*innen. Insbesondere Vereine und zivilgesellschaftliche Bündnisse leisten in diesem Kampf wichtige und wertvolle Arbeit. Angriffe auf ihre Tätigkeit von staatlicher Seite müssen unterbleiben. Ihnen muss Gemeinwohlstatus zustehen. Eine freie Presse ist essentiell für unsere Demokratie. Journalist\*innen müssen deshalb vor Einschüchterungen und Übergriffen geschützt werden - egal ob von politischen Akteur\*innen oder dem Staat.

In Bayern fühlen sich Rassist\*innen und Faschist\*innen offenkundig wohl. Ihre Zahl bleibt konstant, statt zurückzugehen. Noch wohler fühlen sich sogenannte "Reichsbürger\*innen und Selbstverwalter\*innen", ein Viertel der in Deutschland bekannten Personen wohnt in Bayern. Wir gehen konsequent gegen jede Art der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vor. Dafür verbieten wir alle gebräuchlichen rechtsradikale Symbole. Es bedarf auch mehr Aufklärungsarbeit. Rassist\*innen, Faschist\*innen, Reichsbürger\*innen und Selbstverwalter\*innen dürfen sich niemals wohlfühlen - weder in Bayern noch sonst irgendwo. Gleichzeitig sollen über Austeiger\*innenprogramme Wege weg vom Rechtsradikalismus eröffnet werden.

## **GEGEN RECHTE PARALLELSTRUKTUREN**

In Bayern gibt es rechte Wohnprojekte und immer mehr Fälle von alternativen Schulbetrieben. Sie müssen zerschlagen werden. Bei alternativen Schulbetrieben müssen alle möglichen Konsequenzen für die Erziehungsberechtigten geprüft werden. Eine Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen nach rechtsradikalem und verschwörungsideologischem Weltbild darf nicht stattfinden!

## **KONSEQUENT GEGEN REICHSBÜRGER\*INNEN**

Reichsbürger\*innen werden konsequent entwaffnet! Das werden wir auch in Hinblick auf illegalen Waffenbesitz sicherstellen. Reichsbürger\*innen müssen konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden! Wer den Staat nicht anerkennt, darf nicht in seinen Institutionen arbeiten.

## **AFD-VERBOT ANSTREBEN**

Die AfD ist offen rechtsradikal. In Bayern wünschen sich relevante Teile der Partei den bewaffneten Umsturz der Demokratie. Für Demokrat\*innen kann nur die Antwort sein, alle AfD-Mitglieder konsequent zu entwaffnen und ein Verbotsverfahren im Bundesrat anzustreben. Mit den Demokratiefeinden der AfD darf es auf keiner Ebene Akzeptanz und Zusammenarbeit geben. Wir gehen auf kein Podium, auf dem die AfD sitzt.

## **GEGEN RASSISMUS**

Alle Formen von Rassismus müssen anerkannt und als solche benannt werden. Dazu zählen insbesondere auch anti-muslimischer Rassismus und Antiziganismus. Strukturellen Rassismus erkennen und bekämpfen wir. Antirassistische Initiativen müssen stärker und langfristig finanziell gestärkt werden. Wir fördern zudem eine rassismuskritische Personalentwicklung in der Landesverwaltung. In der gesamten Landesverwaltung müssen Diskriminierungskritische und -sensible Kompetenzen eine wichtige Rolle spielen. Sie müssen elementarer, verpflichtender und regelmäßiger Teil der Aus- und Weiterbildung sein. Bei Fragen von Einstellung und Beförderung müssen diese Kompetenzen eine wichtige Rolle spielen.

## **GEGEN ANTISEMITISMUS**





Antisemitismus ist weiterhin weit verbreitet. Durch Demonstrationen von Coronaleugner\*innen wurden antisemitische Verschwörungserzählungen auf die Straßen getragen und weit verbreitet. Jeder Antisemitismus muss überall konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Zudem muss er überall registriert und enttarnt werden. Wir setzen mehr Fördergelder für Recherche- und Informationsstellen wie Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) durch, um die dortigen Kapazitäten zu erhöhen.

## **ERINNERUNGSKULTUR**

Erinnerungsorte wie KZ-Gedenkstätten, Denkmäler und andere Orte der Geschichte müssen weiter Mahnmal bleiben und als Lernort erhalten bleiben. Straßen und Plätze, die nach Täter\*innen des Nationalsozialismus und auch des Kolonialismus benannt sind, müssen umbenannt werden.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Das Verbot der AfD
- Förderung von Recherche und Informationsstellen zu Rechtsextremismus
- Die konsequente Erhaltung von KZ-Gedenkstätten
- Die Umbenennung von Orten die nach Nazis und Kolonialist\*innen benannt sind
- Das Verbot aller gebräuchlichen rechtsextremen Symbole



# IM ROTEN BAYERN IST KEIN MENSCH ILLEGAL

## **DAS RECHT AUF ASYL IST MENSCHENRECHT UND MUSS AUS EINER SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT HERAUS HUMAN UMGESETZT WERDEN!**

Mit dem von Putin initiierten Angriffskrieg auf die Ukraine wurde die Europäische Gemeinschaft vor große Herausforderungen gestellt. Mehr als Hunderttausend Menschen sind allein nach Bayern geflüchtet, um sich und ihre Familien vor dem brutalen Krieg zu schützen. Die damit einhergehende Solidarität der Gesellschaft in Deutschland und Europa, die wir tagtäglich sehen und spüren konnten, ist bemerkenswert und erfreulich. Wir begrüßen das Engagement aller Freiwilligen und doch können sie nicht alleine im Ehrenamt die Integration hunderttausender Menschen erfolgreich begleiten. Im Freistaat setzen wir eine gute, bedürfnisorientierte und hilfeorientierte Versorgung von Geflüchteten durch und legen künftig einen stärkeren Fokus auf Hauptamtlichkeit und bezahlte Tätigkeiten.

Wir setzen in Bayern auf eine "Menschen zuerst"-Politik. Das heißt für uns, dass geflüchtete Personen ein gutes Ankommen, Aufnahme und Förderung bekommen. Asylverfahren dürfen nicht langwierig sein, finanzielle Unterstützung muss direkt und schnell erfolgen. Bei der Unterbringung von Geflüchteten mit verschiedenen Nationalitäten, Kulturen und Religionen wird auf Privatsphäre und Entfaltungsräume gesetzt. Wir stellen mehr Sozialarbeiter\*innen ein und senken die Betreuungsquote.

"Bildung für alle" bedeutet für uns das, was es heißt: In einem Roten Bayern setzen wir uns für die konsequente Anerkennung von Schulabschlüssen ein und sorgen dafür, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, eine Ausbildung und / oder ein Studium zu absolvieren - egal wo sie herkommen. Zudem unterstützen wir als rotes Bayern den Bund bei der Ausarbeitung des Gesetzes „Chancen Aufenthaltsrecht“, um Menschen mit Duldungsstatus in Bayern langfristig zu helfen.

Mit der Errichtung der sogenannten Ankerzentren zur Erstaufnahme und Sammlung der Geflüchteten hat sich die Lage für diese Menschen zu einem großen Teil verschlechtert. Ankerzentren sind nichts weiter als geschlossene Einrichtungen zur schnellen Abschiebung hilfesuchender Menschen - Orte der Isolation im Zeichen der Vorverurteilung. Geflüchteten wird hier keine Zukunft ermöglicht, eher im Gegenteil: Die Staatsregierung des Freistaates Bayern stellt sich hierbei konsequent gegen sie und ihre Perspektiven! Die Ankerzentren werden abgeschafft.

Wir fordern zudem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu unrechtmäßig durchgeführten Abschiebungen. Bayern verhängt einen Abschiebestopp für alle Menschen. Die brutale Praxis der überraschend durchgeführten Abschiebungen, teilweise aus dem Klassenzimmer heraus, wird unverzüglich eingestellt und untersucht.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Mehr Sozialarbeiter\*innen und eine niedrigere Betreuungsquote
- Niederschwellige und hilfeorientierte Versorgung von Geflüchteten
- Eine "Menschen zuerst" Politik
- die finanzielle Unterstützung, die Anerkennung der schulischen Abschlüsse und die Möglichkeit einer Ausbildung für alle Geflüchtete egal welcher Herkunft
- Ausreichend mehrsprachiges Personal an Schulen
- Das Angebot von längerfristigen Deutschkursen



- Integrationsbeauftragte in allen kommunalen Verwaltungsbereichen
- Bayern als sicherer Hafen für alle Geflüchteten
- Einstellung der überraschend durchgeführten Abschiebungen
- Einsatz eines Untersuchungsausschusses zu unrechtmäßig durchgeführten Abschiebungen
- Mehr ambulante und stationäre Wohngruppen für unbegleitete Minderjährige Geflüchtete
- Erhöhung der Tagessätze für Jugendliche in Wohngruppen
- Die Abschaffung von Ankerzentren



# **DIGITALISIERUNG AM GEMEINWOHL ORIENTIERT**

In einem Roten Bayern setzen wir auf eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung. Das bedeutet für uns eine Digitalisierung, die allen Menschen zugutekommt und nicht Daten, Wissen und Macht aus der Gesellschaft in die Hand von wenigen Big-Tech-Konzernen gibt. Wir werden nicht wie bisher blind die "Digitalisierung" vorantreiben und nach dem Motto "Hauptsache digital" irgendwas mit Start-ups machen. Wir gestalten Digitalisierung in der Betrachtung von gesellschaftlichen Auswirkungen und werden digitale Prozesse staatlich steuern.

Wir wollen in der Wirtschaftsförderung nicht weiter Steuergeschenke, Immobilien und gezielte Wirtschaftsförderung betreiben, um große Tech Konzerne "anzulocken". Die enge Abhängigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft muss rückgängig gemacht werden und wir wollen uns in der Forschung nicht von Drittmitteln abhängig machen. Es muss eine öffentliche Infrastruktur bereitgestellt werden, die es für Verwaltung, Gesundheit und öffentliche Unternehmen möglich macht, komplexe IT-Lösungen anzubieten, ohne auf die großen Tech-Konzerne und deren Infrastruktur angewiesen zu sein. Zudem wir eine Förderung von Open-Source Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung.

Wir fordern auf allen Ebenen weiter auf eine Verschärfung und Durchsetzung des Kartellrechts zu pochen.

Zudem wollen wir eine Förderung bei der Entwicklung von AI und Machine-learning. Dabei wird die Forschung in der Entwicklung im Bereich künstlicher Intelligenz unterstützt, um selbständig an deren Entwicklung mitzuwirken. Dabei arbeiten wir darauf hin, Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderung, Rassismus und Sexismus zum Beispiel bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI abzubauen. Das Internet soll ein sicherer Raum sein, in dem Hassreden besser herausgefiltert und gelöscht werden müssen.

## **DIGITALE INFRASTRUKTUR**

Wir entwickeln eine Infrastruktur, die alle Menschen in allen Teilen des Landes mit gutem Internet versorgt. Eine schlecht ausgebaute Breitbandinfrastruktur betrifft besonders Menschen, die nicht in Städten leben, sondern eher im ländlichen Teil Deutschlands sind. Für uns ist der Zugang zu schnellem Internet ein Grundrecht und wesentlicher Bestandteil zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Die öffentliche Verwaltung wird schnell digitalisiert. Vor allem im Einwohnermeldeamt, im Arbeitsamt und in den Ausländerbehörden sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen von unübersichtlicher Bürokratie, langen Wartezeiten und fehlenden Möglichkeiten, Behördengänge digital abzuschließen, betroffen.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Gutes Internet für alle, immer und überall
- Die Digitalisierung von Verwaltungen und Verwaltungsabläufen
- Weniger Big-Tech Konzerne und uns von Drittmitteln unabhängig machen
- Verschärfung und Durchsetzung des Kartellrechts
- Diskriminierung im Internet abbauen
- Förderung der regionalen AI-Forschung
- Förderung des Open Source Sektors



# **DAS GESUNDHEITSWESEN IN BÜRGER\*INNENHAND**

## **GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE!**

Die derzeit gängige isolierte Landeskrankenhausplanung wird dem Anspruch einer bedarfsorientierten und ganzheitlichen Versorgungsinfrastruktur nicht gerecht. In einem Roten Bayern setzen wir uns deswegen für eine interdisziplinäre und sektorenübergreifende Gesundheitsplanung ein, welche von allen Berufsgruppen des Gesundheitswesens sowie von Patient\*innenvertretungen demokratisch mitbestimmt wird.

## **AMBULANTE VERSORGUNGSSTRUKTUREN AUSBAUEN**

Für uns hat der Erhalt der Selbstständigkeit und der Autonomie der Betroffenen sowie die Prävention von Krankheit oberste Priorität in einem Versorgungskonzept. Wir fördern alternative senior\*innengerechte Wohnformen, Alten- und Servicezentren in allen Kommunen und die Etablierung des Konzeptes "Community Health Nursing". Teil der neuen Gesundheitsplanung wird der Ausbau von ambulanten fachärztlichen medizinischen Versorgungszentren sowie der physiotherapeutischen und psychotherapeutischen Versorgungsstruktur in allen Kommunen sein. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau von Geburtshäusern und den ergänzenden Einsatz von mobilen interdisziplinären Gesundheitsteams ein, welche die Kommunen nach dem Vorbild mobiler Impfteams bei der Durchführung von bestimmten Gesundheitsleistungen unterstützen.

## **GESUNDHEITSLISTUNGEN FÜR ALLE MENSCHEN**

In einem Roten Bayern ist der niedrighschwellige Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Menschen gewährleistet. Für Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografien werden entsprechende barrierefreie Angebote geschaffen.

## **PFLEGENDE ANGEHÖRIGE ENTLASTEN**

Wer Angehörige pflegerisch versorgt, wird vor den damit verbundenen ökonomischen und psychischen Belastungen geschützt. Häufig übernehmen FLINTA\*-Personen pflegerische Verantwortung für ihre Angehörigen und sind aufgrund der damit häufig einhergehenden Teilzeitbeschäftigung einem deutlich höheren Altersarmutsrisiko ausgesetzt. Wir setzen uns für steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen, einfachere Anrechnungsverfahren bei der Rente sowie niederschwellige Beratungs- und Supervisionsangebote für pflegende Angehörige ein. Pflegestützpunkte in den Kommunen sollen die Angehörigen außerdem unterstützen.

## **INVESTITIONSTAU IM GESUNDHEITSWESEN ÜBERWINDEN**

Viele Versorgungsbereiche, wie beispielsweise Geburtshilfen, Notaufnahmen oder die Kinder- und Jugendmedizin sind derzeit deutlich unterfinanziert. Der Freistaat Bayern muss die für ein modernes und schlagkräftiges Gesundheitssystem notwendigen Investitionskosten tragen. Außerdem setzen wir uns für einen Investitionsfond Pflege ein, der in der Lage sein wird, die Kosten einer auskömmlichen Pflegeinfrastruktur zu tragen.

In Medizin und Psychologie schaffen wir mehr Studienplätze. Das Zulassungsverfahren zu den entsprechenden Studiengängen wird reformiert.

## **WIR STEHEN HINTER DEM AUSBAU DER AKADEMISCHEN PFLEGEAUSBILDUNG**

Wir setzen uns für den Ausbau der akademischen Pflegeausbildung sowie die



Einrichtung eines Innovationsfonds Pflegeforschung ein. Für akademisch qualifiziertes Pflegepersonal schaffen wir Berufsperspektiven mit entsprechender Entlohnung, die zur Attraktivität des Berufsbilds insgesamt beitragen. Dazu gehören Optionen für eine Fachakademisierung mit entsprechender Übertragung heilkundlicher Tätigkeiten auf die Pflege. Dual Studierende und Primärqualifizierte werden nicht länger mit Praktikumsverträgen in den Praxiseinsätzen hingehalten, sondern werden nach TVöD bezahlt. Darüber hinaus starten wir eine Initiative zur Entwicklung grundständiger akademischer Ausbildungsoptionen in weiteren Gesundheitsberufen (bspw. Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie) und schaffen die Fallpauschale ab. Im Bund setzen wir uns für eine ausreichende Finanzierung der Betriebskosten von Gesundheitseinrichtungen sowie für eine reformierte und bedarfsgerechte Finanzierung ein.

## **PRIVATISIERUNGEN IM GESUNDHEITSWESEN STOPPEN**

Wir werden gewinnorientiertes Verhalten im Gesundheitssystem zurückdrängen und regulieren, Privatisierungen stoppen und bereits privatisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentliche Hand zurückführen.

## **AUSBILDUNGSOFFENSIVE FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN**

Wir fordern die vollständige Refinanzierung aller Ausbildungen im Gesundheitswesen. Zeitgleich setzen wir uns für den Ausbau von Pflegefachschulen sowie Fort- und Weiterbildungszentren ein. Wer Pflege- und Gesundheitsberufe erlernen möchte, soll dabei nicht auf Hürden stoßen. Den ausbildenden Berufsfachschulen sind Investitionsmittel für eine moderne Ausstattung sowie für die Einstellung von qualifiziertem Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen. An den ausbildenden Praxisstandorten muss der Einsatz hauptamtlicher Praxisanleiter\*innen eingeführt werden.

## **SCHUTZ UND ANERKENNUNG DER MITARBEITER\*INNEN IM GESUNDHEITSWESEN ALS OBERSTE PRIORITÄT GUTER ARBEITNEHMER\*INNENPOLITIK**

Wir kämpfen für eine 30-Stunden-Woche in der Pflege und eine gesetzlich verpflichtende Personalbemessung für bayerische Einrichtungen des Gesundheitswesens. Gute Pflege braucht gute Bezahlung. Pflegekräfte mit 3-jähriger Ausbildung verdienen mindestens 4.500 €. Die hochkomplexe Arbeit der Pflegenden verdient Wertschätzung, deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pflegekräfte mit Examen mit einer Eingruppierung in die Entgeltstufe 10 in das Berufsleben starten. Im Bundesrat setzen wir uns für die vollumfängliche Finanzierung durch die Krankenkassen über das Pflegebudget ein. Akademisierte Pflegekräfte werden analog dem höheren Dienst eingruppiert. Diese Forderungen werden wir neben der Pflege außerdem für alle weiteren Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen, wie beispielsweise therapeutische Berufe oder medizinische Fachangestellte, geltend machen.

## **OFFENSIVE FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT**

Neben dem bereits geforderten Ausbau von ambulanten psychotherapeutischen Angeboten setzen wir uns für Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen sowie einen niederschweligen Zugang zu Erstberatungen bei seelischer Belastung ein. Wir stehen hinter der stationsäquivalenten Behandlung für psychosomatische- und psychiatrische Patient\*innen. Sie ist ein entscheidendes Mittel, um Betroffenen mehr Lebensqualität zu ermöglichen, psychischen Dekompensationen vorzubeugen, Drehtür-Effekte zu reduzieren und die stationäre Versorgung zu entlasten.

## **BESSERE HILFE FÜR BETROFFENE VON LONG-COVID**

Wir entwickeln ein flächendeckendes Netzwerk aus Fachambulanzen für Menschen, die nach einer Coronainfektion unter Langzeitfolgen leiden. Durch die Etablierung von Behandlungszentren und zielgerichtete Investitionen in Behandlung und Forschung



werden wir psychosomatische Fehldiagnosen sowie Fehlbehandlungen und das hohe Maß an individuellem Leid der Betroffenen zurückdrängen. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass Long-Covid als schwere physische Erkrankungen anerkannt wird.

## **IMPFOFFENSIVE STARTEN!**

In Bayern wird zu wenig geimpft. Gerade dort, wo sich Verschwörungsideologien und Esoterik ausbreiten, gehen die Impfquoten zurück. Wir führen daher Impfkampagnen an Schulen und Hochschulen ein, damit alle jungen Menschen kostenfrei und bedingungslos vollständigen Impfschutz, auch gegen Covid19, erhalten können.

## **DIE NÄCHSTE PANDEMIE**

Ein Rotes Bayern wird nicht von der nächsten Pandemie überrascht, sondern ist bestmöglich vorbereitet. Die beste Bekämpfung von Pandemien, die noch keine sind, ist globale Gerechtigkeit. Wir heben den Patentschutz für Impfstoffe auf und investieren global in Kapazitäten, alle aktuell bekannten Impfstoffe lokal zu produzieren. Staatliche Grundlagenforschung muss gesichert und ausgebaut werden, denn sie war es, die uns während der Covid19-Pandemie vor humanitären Katastrophen bewahrt hat. Wir verteidigen Wissenschaftsfreiheit und stellen uns Verschwörungserzählungen und Wissenschaftsfeindlichkeit entgegen.

Als direkte Antwort auf den Ausbruch der nächsten Pandemie werden wir das Arbeitsleben genauso hart wie das Privatleben in die Pflicht nehmen, um eine Ausbreitung des Erregers zu verlangsamen. Ziel wird es immer sein, vulnerable Gruppen zu schützen und die psychische Gesundheit von Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren. Dabei ist uns bewusst, dass vulnerable Menschen keine klar abgrenzbare Gruppe sind, sondern mitten unter uns leben, Abstufungen existieren, und eine Infektion mit einem gefährlichen Krankheitserreger auch für vermeintlich gesunde Menschen schwere Folgen haben kann. Infektionsschutz kann aus diesem Grund nur gesamtgesellschaftlich und solidarisch umgesetzt werden. Strategien sollen von Expert\*innen und Politiker\*innen an zentraler Stelle entwickelt und implementiert werden, eine Wiederholung des Chaos der Ministerpräsident\*innenkonferenzen wird ein Rotes Bayern nicht mitmachen.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Eine interdisziplinäre und sektorenübergreifende Gesundheitsplanung
- Alternative senior\*innengerechte Wohnformen
- Den Ausbau von ambulanten fachärztlichen medizinischen Versorgungszentren in allen Kommunen
- Einen niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle
- Eine Entlastung für pflegende Angehörige
- Mehr Studienplätze für Medizin und Psychologie
- Den Ausbau der akademischen Pflegeausbildung
- Den Stopp von Privatisierungen im Gesundheitswesen
- die vollständige Refinanzierung aller Ausbildungen im Gesundheitswesen
- Eine 30-Stunden Woche in der Pflege
- Eine Impfoffensive an Schulen und Hochschulen



- Eine entschlossene Vorbereitung auf die nächste Pandemie, beispielsweise durch globale Impfstoffherstellung und Forschung
- Die dauerhafte Verbesserung des Infektionsschutzes in Schulen und Kitas durch technische Lösungen zur Verbesserung der Raumluftqualität sowie bei Bedarf schnell anwendbare und geeignete Testkonzepte





# EIN ROTES BAYERN IST LEBENSWERT

In einem Roten Bayern wird Vereinsarbeit, die das soziale und kulturelle Leben in Städten und Gemeinden trägt, gefördert. Bisher tragen Ehrenamtliche massiv zu sozialen Aufgaben bei, die eigentlich Aufgaben des Freistaates sind. Dieser Aufgabe werden wir nun gerecht.

Wir setzen uns für eine Kooperation zwischen Vereinen und Schulen ein, um die Jugendarbeit zu stärken. Wir treiben Inklusion voran, um allen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Ebenso spielt die Unterstützung der LGBTQIA+-Community eine aktive, antirassistische und feministische Rolle. Wir bekämpfen Diskriminierung auf allen Ebenen und erkennen an, dass nur durch eine aktive Förderung bestehende Partizipationsungleichgewichte bekämpft werden können.

Kulturpolitik bedeutet für uns Gesellschaftspolitik. Wir sichern die kulturelle Infrastruktur und die Ermöglichung von neuen Inhalten. Dafür stellen wir Förderfonds langfristig sicher. Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung können durch die Kunstfreiheit dargestellt werden und den gesellschaftlichen Wandel prägen. Durch rechtliche und fördernde Initiativen sichern wir bedrohte Räume für Kultur, um die Sichtbarkeit zu fördern.

Die Förderung des Denkmalschutzes priorisieren und modernisieren wir und bringen ihn mit erneuerbaren Energieträgern in Einklang.

Künstler\*innen werden wir sozial absichern, da sie viel zu häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Hierzu gehören Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler\*innen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren.

Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft oder Sexualität. Sport ist wichtig, vor allem für Kinder und Jugendliche. Vereine entscheiden, welche Sportarten sie anbieten können und sind dabei nicht nur auf die Mitgliedsbeiträge, sondern oft auch auf kommunale Sportanlagen angewiesen, um die Trainingseinheiten durchzuführen. Wir verpflichten die Kommunen, eine Bedarfsermittlung gemeinsam mit den Sportvereinen durchzuführen und dann in neue Sportanlagen zu investieren. Dabei muss darauf geachtet werden, welche Sportarten angeboten werden sollen, sodass auch ein Ausbau der Angebote in den Sportvereinen möglich ist. Es ist eine Bereitstellung von ausreichend Trainingsstätten von Kommunen für Vereine mit ausreichenden Zeiten zu leisten, sodass die Schulzeiten berücksichtigt werden können. In einem Roten Bayern unterstützt die Staatsregierung schwächere Kommunen finanziell beim Bau und der Sanierung entsprechender Trainingsstätten. Außerdem rufen wir kommunale Förderfonds ins Leben, die die Mitgliedschaft im Verein übernehmen, wenn man diesen selbst nicht tragen kann. Dazu muss es eine niederschwellige Möglichkeit geben, sich zu melden, ohne alle Finanzen offenlegen zu müssen. Sport ist für alle und der eigene Geldbeutel sollte dem keinen Riegel vorschieben. Neben den Zuschüssen durch die Verbände für die Trainer\*innenausbildung, müssen auch Kommunen hier Fördermöglichkeiten anbieten, sodass alle von qualifizierten Personen angeleitet werden. In einem roten Bayern dürfen wir die momentane Situation von (sexualisierter) Gewalt in Vereinen nicht länger akzeptieren und müssen eine flächendeckende Struktur von kommunalen Präventions- und Anlaufstellen etablieren, um langfristig die Strukturen in den Vereinen zu verändern. Diese müssen auch verpflichtende Bildungsarbeit für die Trainer\*innen, Verantwortliche, Eltern und besonders betroffene Gruppen, wie FLINTA\*s und Kinder leisten. Da Gewalt häufig im familiären Umfeld stattfindet müssen Trainer\*innen und Verantwortliche geschult werden, um Anzeichen zu erkennen und schützend agieren zu können. In unserem roten Bayern sind Vereine sichere(re) Orte für alle.

## Für ein Rotes Bayern fordern wir:

- Die Stärkung von kommunaler Jugendarbeit durch Stärkung der Vereine



- FLINTA\*s, BIPOC und LGTQI+ aktiv fördern und im Vereinsleben sichtbar machen
- Die Sicherung der kulturellen Infrastruktur
- Die Modernisierung des Denkmalschutzes
- Die soziale Absicherung von Künstler\*innen
- Einen Ausbau der Angebote in Sportvereinen
- Kommunale Förderfonds zur Übernahme von Mitgliedschaften in Vereinen
- Schutz und Schulungsmaßnahmen vor sexualisierter Gewalt in Vereinen



# IN STADT UND LAND WIRD BAYERN ROT

Ein Rotes Bayern zieht seine Stärke aus den Kommunen. Sie sind sowohl die Stützen der Politik als auch der gesamten Gesellschaft. Deshalb ist es unser Anliegen, Kommunen zu unterstützen und zu fördern.

## STARKE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Bayern zu gewährleisten und zu stärken, setzen wir weitreichende Maßnahmen um.

Kommunen müssen einen eigenständigen Gestaltungsspielraum haben, um ihre Investitionen in die Zukunft tätigen zu können. Dazu statten wir sie besser finanziell aus. Es darf nicht sein, dass die Kommunen von Förderung zu Förderung hüpfen müssen, um den Lebensraum ihrer Bürger\*innen auch als lebenswert zu erhalten. Zudem sind die Fördertöpfe zumeist nicht mehr als ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein. Darum setzen wir die strukturelle Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs um, damit keine finanziellen Nachteile an den Kommunen liegen bleiben.

Außerdem heben wir den kommunalen Anteil an den allgemeinen Steuern auf mindestens 15% an. Die stetige Anhebung des Stabilisierungsfonds für strukturschwache Kommunen setzen wir um, damit kleinere Städte und Gemeinden nicht alleine stehen müssen.

## LEBENSWERTES UMFELD VOR ORT ERHALTEN

Die Kommunen in Bayern nehmen tagtäglich wichtige Aufgaben auf sich, um ihre Orte attraktiv zu halten. Standortfaktoren wie Spielplätze, Schwimmbäder, Schulen und vieles mehr bewegen Menschen in diese Ortschaften zu gehen und dort auch zu bleiben. Diese zu erhalten und weiterzuentwickeln ist es, was wir uns unter einem lebenswerten Bayern vorstellen.

Doch dazu braucht es auch die Unterstützung des Freistaates. Fast jedes zweite Schwimmbad in Bayern ist marode und sanierungsbedürftig. Die Sanierung der bayerischen Bäder würde umgerechnet 1,78 Milliarden Euro kosten. Diese stellen wir zur Verfügung. Um die Schulgebäude steht es dabei nicht viel besser. Hinzu kommen die Herausforderungen um die Bewerksstellung der Digitalisierung. Hier stellen wir die dringend benötigten Unterstützungen zur Entlastung zur Verfügung.

Für einen lebenswerten Ort braucht es unserer Meinung nach auch Orte zum Ausgleich des alltäglichen Stresses. Freizeit- und Freiflächen zum Entspannen, Spielplätze und auch Sportanlagen, an denen Kinder und Jugendliche, aber auch Familien, Ruhe und Erholung finden können. Auch hier soll der Freistaat Bayern finanzielle Unterstützung geben. Wir werden Anreize schaffen, damit sich Kommunen auch weiterhin um die Erfüllung dieser freiwilligen Aufgaben bemühen.

## JUGEND UND JUGENDARBEIT

Kommunen müssen auch ein breites und attraktives Angebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben. Sportvereine, Freizeitangebote und auch Institutionen der Jugendarbeit wie z.B. Jugendzentren halten junge Menschen vor Ort. Doch sie müssen auch in die Gestaltung und die Entscheidungen in der Kommune eingebunden werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Vereine und Organisationen, die Jugendarbeit betreiben, eine bessere finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen. Das sind nämlich die Anlaufstellen der jungen Menschen, die diese auch am Ort halten und in die Gesellschaft integrieren.

## PARTIZIPATION VOR ORT

In ganz Bayern wird es kommunale Jugendvertretungen mit eigenem Budget, sowie



Antrags- und Rederecht und in gewissen Teilen Beschlussrecht in den Städten und Gemeinden geben. Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes, sie in die Entscheidungsfindung einzubeziehen ist für uns eine Selbstverständlichkeit!

**Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Modernisierung der Schwimmbäder
- Kommunalen Finanzausgleich verbessern
- Jugendvertretungen mit Antrags- und Rederecht in den Städten und Gemeinden



# **EIN ROTES BAYERN IN EINER ROTEN WELT!**

Ein Rotes Bayern in einer globalisierten Welt steht in der ersten Reihe gegen Krieg, Hunger, Ungleichheit und Patriarchat - ungeachtet der Ländergrenzen. Es stärkt gezielt benachteiligte und marginalisierte Gruppen in der Welt und vertritt die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen konsequent, auch gegen Profitinteressen von Unternehmen. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, durch Pink- oder Greenwashing oder andere PR-Strategien die SDGs auszuhöhlen.

In einem Roten Bayern übernehmen wir globale Verantwortung. Wir stehen für eine internationale Solidaritätsarbeit ein und erteilen dem kolonialen Denken eine Absage. Im ersten Schritt bedeutet das eine Verschärfung des Lieferkettengesetzes, sowie eine globale Mindestbesteuerung im Bundesrat durchzusetzen, indigene Gruppen, FLINTA\*-Personen, sowie queere Menschen auf der ganzen Welt zu stärken und sich vehement für die Einhaltung der Klimaziele einzusetzen. Daraus folgt, dass Bayern nicht länger die intransparenten G7-, G20-Gipfel oder die Münchner Sicherheitskonferenz ausrichten wird. Stattdessen werden wir Zusammenkünfte ins Leben rufen, die Aktivist\*innen für globale Gerechtigkeit aus der ganzen Welt im Freistaat vereinen und stärken.

## **EIN ROTES BAYERN IN EINEM SOZIALISTISCHEN EUROPA**

Wir kämpfen für einen Bruch mit dem neoliberalen Europa, das nach Außen zunehmend auf eine gewaltvolle Abschottung und der Verhärtung einer ungerechten Weltordnung zum Nachteil der Menschen im Globalen Süden arbeitet, oft im Schulterschluss mit Diktatoren und der extremen Rechten.

Bayern muss sich als eine der größten Regionen Europas als Gegenmacht zum momentanen Ruck nach Rechts und zum Ausverkauf sozialer Infrastruktur positionieren. Zur Stärkung des internationalen Austausches in Bayern setzen wir ein Maßnahmenpaket für Internationale Solidarität um. Zu diesem gehört die Aufstockung der Erasmus-Stipendien und Geldmittel für besuchende sowie ausreisende Austauschschüler\*innen, Studierende und Auszubildende bis zur Armutgefährdungsgrenze in Bayern durch Landesmittel. Wir setzen die Prinzipien des Bologna-Prozesses, insbesondere seiner sozialen Dimension, demokratischer Mitbestimmung und Inklusion konsequent um und entwickeln ihn aus sozialistischer und feministischer Perspektive weiter. Wir schaffen einen Rechtsanspruch, mit allen staatlichen Stellen in allen EU- und UN-Sprachen zu kommunizieren, Englisch wird in allen Schulklassen an Schulen und in der beruflichen Bildung Pflichtfach. Akademische Lehre wird standardmäßig auf Englisch abgehalten, Übersetzungen auf Deutsch und andere häufig gesprochene Sprachen werden stets angeboten. An Hochschulen und in VHSen wird ein kostenfreies und umfassendes Kursangebot für Englisch geschaffen. Kommunen bekommen hinreichend finanzielle Mittel für die Schaffung mindestens einer Vollzeitstelle für Stadt- und Landkreispartnerschaften sowie internationalen Austausch vor Ort.

## **DEM BAYERISCHEN MILITARISMUS ENTGEGEN**

Wir unterbinden, dass mit Waffenexporten aus Bayern auch in Krisen- und Kriegsregionen Gewinne gemacht werden. Stattdessen setzen wir uns im Bundesrat konsequent für Abrüstung ein. In einem Roten Bayern machen wir den Weg frei für die Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion, um die Entscheidung, ob Bayern weiterhin Rüstungsgüter und Waffensysteme produzieren sollte, der Gesellschaft zu überlassen.

Soldat\*in sein ist kein Job wie jeder andere. Wir beenden Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, anderen Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Raum in Bayern.

## **NO BORDER, NO NATION: REISST DIE FESTUNG EUROPA EIN!**



Die Verbrechen an der europäischen Außengrenze geschehen nicht länger mit bayerischer Unterstützung. Wir setzen uns daher klar für eine Zerschlagung von Frontex ein! Polizist\*innen in einem Roten Bayern dürfen nicht länger bei Frontex tätig sein. Wir setzen uns für einen Untersuchungsausschuss zur Dokumentation und Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen ein. In einem Roten Bayern unterstützen wir die zivile Seenotrettung im Mittelmeer finanziell und rechtlich. Zudem digitalisieren und vereinfachen wir die bürokratischen Prozesse für Einwanderung und Asylbeantragung in Bayern.

### **Für ein Rotes Bayern fordern wir:**

- Keine Ausrichtungen der Münchner Sicherheitskonferenz, G7- und G20-Gipfel mehr
- Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie
- Die Beendigung von Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- Ein mehrsprachiges Bayern auf dem Amt und im Bildungswesen
- Die Durchsetzung der Prinzipien des Bologna-Prozesses und deren Weiterentwicklung unter sozialistischem und feministischen Vorzeichen
- Die Schaffung einer Vollfinanzierung für einmalige Auslandsaufenthalte während der Schulzeit, Berufsausbildung oder im Berufsleben sowie eine Aufstockung der Erasmus-Mittel auf die Armutgefährdungsgrenze
- Personalmittel für alle Kommunen für internationalen Austausch und Partner\*innenschaften
- Die Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer